

Dippinger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboabonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung: 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Vollzettelungliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mt., für 2 Monate 1,40 Mt., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeitung oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Dippinger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Colhuwabohu.

* Leipzig, 7. Februar.

Der Zolltarif ist auf eine abschüssige Bahn geraten und gleitet langsam hinunter. Ob es gelingen wird, ihn wieder empor zu bringen, das ist sehr fraglich. Es ist eine alte parlamentarische Erfahrung, daß Vorlagen, die schon bei den Kommissionssverhandlungen auf große Schwierigkeiten stoßen, entweder unterwegs stecken bleiben oder zulegt in der Versenkung verschwinden. Das Schicksal des Zolltarifentwurfs ist deshalb freilich noch nicht mit Sicherheit vorauszusehen. Aber wenn dies Monstrum doch Geich werden sollte — bis dahin ist noch lange Zeit! Die Verwirrung wird zusehends größer und die Agrarier tragen ihr Möglichstes dazu bei, so daß man immerhin der wohlgegründeten Hoffnung leben kann, die Sache werde ausgehen wie das Hornberger Schießen.

Man spricht viel von Auflozung des Reichstags. Wenn sie nur käme! Die Neuwahlen müßten sich vollziehen im Zeichen des Zolltariffs und das würde zu einer zerstreuenden Niederlage der Beutepolitiker und Brotrücker führen. Ach, wenn die Regierung sich nur entschließen könnte! Sie könnte dann die ganze Junkersippe, die ihr so unangenehm wird, mit einemmal loswerden, zunächst aus dem Reichstag. Und mit einem besseren zusammengezogenen Reichstage ließe sich auch die Macht der Reaktionäre in den Einzelstaaten brechen.

Aber die Regierung lebt in der alten trügerischen Tradition, daß die Junker- und Bunkergenossen die festesten Stützen des Thrones seien, und sie wird trotzdem diesen Beutepolitikern nicht zu nahe treten, obwohl sie ganz offen erklärt, daß sie ein System nur dann stützen, wenn es ihnen Liebesgaben und Privilegien zuwendet. Andernfalls drohen sie zur Sozialdemokratie überzugehen, welche heiläugig sich den Anschluß solcher Gesellen, sollte er wirklich einmal versucht werden, verbitten wird.

Der Reichstag wird nicht aufgelöst werden. Es heißt also einfach den Kampf mit allen zulässigen Mitteln weiterführen, im Reichstag, in der Presse und in Versammlungen. Wie das Volk die ihm drohenden Gefahren zu erfassen beginnt, das zeigt deutlich die Wahl in Waldheim-Döbeln, welche mit Blitzehelle die Situation beleuchtet hat und die für die Reaktionäre ein Donnerschlag war.

Am läufigsten windet sich in der gegenwärtigen verworrenen Lage das Centrum umher. Nicht allzuviel Monate sind vergangen, seitdem die Staatsmänner dieser Partei sich noch mit den allerstolzesten Hoffnungen

trugen. Sie glaubten allen Ernstes, „regierende Partei“ zu werden oder gar schon zu sein, und einzelne fanatische Pfäfflein rieben sich freudig die Hände in der Erwartung einer Epoche, die das Leben wieder „christlich“ machen, das heißt den Menschen in allen seinen Lebensbeziehungen wieder der Allmacht der Kirche unterwerfen werde. So schlägt solche Pfäfflein sonst sein wollen, so war dies doch ein Beweis hervorragender Dummmheit. Eine mittelalterliche Kirchenherrschaft läßt sich ohne Feudalismus nicht wieder herstellen und die Revolutionen und ihre Wirkungen lassen sich weder mit Weihrauch noch mit Gebeten aus der Weltgeschichte herausbringen. Das Produktionsgetriebe und der Kampf ums Dasein überhaupt nehmen heute den Menschen viel zu sehr in Beschlag, um ihm für die Kirche so viel Zeit übrig zu lassen, wie jene Pfäfflein wünschen.

Das wäre eine schöne Zeit geworden — eine Herrschaft des Centrums, dieser durch und durch reaktionären Partei, die nur durch kampfhaften demagogischen Anstrengungen bis in diese Zeit den Schein einer „Volkspartei“ hat retten können. Allein diese Münste beginnen nun zu versagen. Die Partei ist in einer Kleinigkeit wie noch nie und die Vorläufer bei dem großen Eiertanz haben alle Mühe, dies einigermaßen vor den Massen noch zu verbergen.

Wird der Zolltarif angenommen, so hat er bei den verbündeten Regierungen nur Aussicht auf Verwirklichung, spätestens die vorgeschlagenen Sätze bestehen bleiben. Das ist offensichtlich gesagt worden. Die „mittlere Linie“, auf der sich das Centrum bewegen will, befriedigt aber die Bauern nicht, um derentwillen gerade das Centrum seinen Feldzug zu Gunsten der Brotrückerung unternommen hat. Kommt der Zolltarif zu Stande, so werden diese unbeherrschten Bauern, wie sie schon so oft droht, ihre ganze Wut am Centrum auslassen. Kommt aber nichts zu Stande, so wird das Gleiche geschehen. Und mit mürrischen Bauern, die sich für getäuscht halten, ist nicht gut Kirschen essen. Die Konkurrenz mit den avarischen Demagogen ist eben dem Centrum schlecht bekommen; die sind ihm über.

Nicht behaglicher gestaltet sich das Verhältnis des Centrums zu den katholischen Arbeitern. Wird der Zolltarif angenommen, dann werden diese Arbeiter in Masse aus dem Heerband des Centrums ausscheiden. Auch die sich jetzt noch schweigend und abwartend verhalten, werden aufsässig werden, wenn sie erst die Wirkungen des Brotrückers spüren.

Und wenn der Zolltarif nicht angenommen wird, so wird das erschütterte Vertrauen der katholischen Arbeiter in dem früheren Maße nicht wieder hergestellt werden

können. Diese Arbeiter haben zu einem guten Teil eingesehen, daß die Sozialpolitik des Centrums nur eine Maske ist, hinter der sich Demagogie und Scheuerlei verbirgt. Im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung werden die katholischen Arbeiter vom Centrum nicht nur im Stich gelassen, sondern gehemmt. Die „Heckpläne“ mettern gegen den groben Materialismus und gegen den Mammonismus — aber wo sind sie, wenn die christlichen Arbeiter einmal, vom Elend und Mangel getrieben, in einen Lohnkampf eintreten? Dann erscheinen sie höchstens, um zur Unterwerfung zu mahnen. Wie das Vertrauen der christlichen Arbeiter zum Centrum abnimmt, das beweist unter anderem auch eine Petition des Verbandes der christlichen Schneider und Schneiderinnen und der verwandten Berufe Deutschlands, die dem Reichstag soeben zugegangen ist. Dieser Verband hat gewiß seinen Schutzhilfen. Dennoch wünschen seine Mitglieder auch gesetzlichen Schutz für die Haushaltung und sie wenden sich in ihrer Petition gegen den Antrag des Centrums-Sozialpolitikers Hildebrand, der sich auf die Haushaltung bezieht. Die christlichen Schneider und Schneiderinnen erklären den von Hildebrand dem famosen Pederkönig und „Arbeiterfreund“ Hesel zugleich gestellten Antrag für ungünstig und schlagen weitergehende Bestimmungen vor. Das ist eine Ehrengabe für jene Großsprecher vom Centrum, die sich stets so sehr ihrer Verdienste um den Arbeiterschutz rühmen.

So wie den Schneidern und Schneiderinnen christlichen Bekennnisses wird es noch Tausenden und Tausenden christlicher Arbeiter ergehen; sie werden alle nach und nach erkennen, daß das Centrum sie mit seiner Sozialpolitik in eine Sackgasse geführt hat, aus der sie sich selber wieder befreien müssen.

Was auch kommen möge — das steht fest, daß uns die Zukunft keine Centrumsherrschaft bringen wird. Diese Partei hat selbst den Amt abgesagt, auf dem sie eine Zeitlang so fest saß. Sie hat die Volksmassen, die ihr vertrauten, vor dem Kopf gestoßen, indem sie eine „Bewilligungspartei“ wurde und dem Volke neue schwere Lasten aufpäppeln half. Auch wenn die verbündeten Regierungen — was wir nicht glauben — sich entschließen würden, der ganzen oder teilweise Aufhebung des Rechtengesetzes zuzustimmen, so würde das die katholischen Massen nicht mehr für das Centrum begeistern können — so sehr ist der Narren des Centrums verfahren.

Alle diese Erscheinungen sind symptomatisch. Die alten Parteien treiben eben reine Interessenpolitik und sind, wie man sieht, gar nicht mehr fähig, sich zu höheren Gesichtspunkten zu erheben. Da eine Menge von Gruppen bestehen, deren Interessen sich vielfach kreuzen, so ent-

richtete sich auf dem steifen Bein auf. — „Aber ich kann mich ja nicht büßen, wie Du siehst — —“

„Dann seien wir den Koffer auf den Sack — —“

Manuel stellte den Koffer auf einen Sack und öffnete ihn.

„Vorteufel, wie er drauf loskratzt!“ sagte Mortensen ganz bedenklich, als ein fürchterliches Rumoren aus dem Koffer entlief.

„Ja, Snors ist ein wenig wild geworden. Man hatte ja seine liebe Not mit ihm unten auf dem Hof.“

„Das ist auch nicht so, als wenn man in der Equipage fährt, he, he, hel — Thut er dem Hahn denn nichts zu Leide?“

„Sie sitzen jeder in seinem Fach, weißt Du!“

„Ich so! Ja, Du kannst mehr als bis drei zählen, Du hast einen Kopf für zehn! — Aber jetzt kommt er heraus! Da ist er ja!“ sagte der Alte ganz ängstlich und schwenkte mit den Fingern in der Luft herum. — Was für ein Gesicht er hat! Aber Du erbrosselst ihn ja, Manuel! Du erbrosselst ihn ja!“

„Aber so hilf mir doch, Mensch! Rimm ihn doch!“

„Ja, ja! Ja, ja! Aber er zerkratzt mir ja meine Fleisch!“

Der Kater hatte seinen Kopf aus dem Koffer herausgewängt, den Manuel schnell wieder zusammengeklappt hatte. Und nun saß das Thier da in der Memmo und glotzte und zischte wie ein Wahnsinniger, der seinen Kopf durch das Fenster seiner Zelle gezwängt hat.

„Aber so faß ihn doch an, so faß ihn doch auf!“ rief Thomesen und stampfte auf den Fußboden.

„Ja, ja!“ sagte der Alte und trippelte umher. „Aber er zerkratzt mich ja, wenn ich ihn anrühre! — Sieh, jetzt zeigt er mir auch die Krallen! Er ist ganz verrückt geworden!“

Seuilleton.

Manuel verholte.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einfach berechnete Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Blödiglich steckte der Menschen-Mortensen den Hals in die Luft und lauschte.

„Zum Teufel auch!“ sagte er, „hast Du etwas Lebendiges in Deiner Tasche?“

In dem Koffer, den Manuel bei der Treppe hinstellte, war ein deutliches Knurrern und Kratzen hörbar.

„Ja,“ sagte Thomesen ruhig. „Das sind die Tiere.“

„Die Tiere?“

„Ja!“

„Was für Tiere?“

„Snors und Mortensen.“

„Gast! Du jetzt angefangen, mit ihnen herumzulaufen?“ sagte der Alte und sah Manuel mit einem Blick an, in dem man den deutlichen Argwohn las, daß der liebe Gott jetzt dem „Jungen“ sein bishen Verstand genommen habe. — „Was zum Teufel willst Du denn mit den Tieren in Deinem Koffer?“

„Er macht es nicht mehr lange,“ sagte Thomesen düster. „Der Hahn nämlich!“

„Nein, das ist wohl sonnenklar. Glaubst Du aber, daß es nützt, wenn Du ihn spazieren führst?“

Emanuel achtete nicht auf die Bemerkung des Freunden. Er ging hin, holte den Koffer und trug ihn an das Licht.

„Und da meinte man, daß es wohl am besten sein würde, wenn man sie hier herausbrächte, ehe es zu spät wäre,“ sagte er.

„Hier heraus?“

„Ja, denn Du weißt doch, daß Vater sagte, man bekommt den Mühlendorf nicht wieder, ehe nicht Snors und der andere die Füße „auf den väterlichen Boden“ gesetzt hätten.“

Der Menschen-Mortensen pfiff lange und verständnisvoll. Und der Ausdruck in seinen Augen ging von Besorgnis in Bewunderung über.

„Du bist ein Apostel, Manuel,“ sagte er. „Du bist ein wahrer Schlauberger, wo es sich darum handelt, in Gedanken zu spekulieren!“

„Und dann bekam man über Nacht den Einsatz,“ fuhr Thomesen voller Stolz und Befriedigung über die Wirkung seiner Worte fort, — „daß man sie heute abend mitnehmen und Gottes Willen vollziehen müsse.“

„Ja, ja!“

„Und nun ist man mit ihnen draußen auf dem Felde gewesen und im Garten und auf dem Hof — —“

„Ja, ja!“

„Und da dachte man, daß sie auch das Haus betreten könnten,“ schloß Manuel. — „Dann hat man gehaust, was man konnte.“

„Ahem! ahem! Herr!“ räusperte sich Mortensen ganz überwältigt. „Du bist, weiß Gott, ein Prophet, Manuel Thomesen, an dem der liebe Gott seine Freude hat. — — Pfui du! Hol' der Teufel meinen Husten!“

„Willst Du mir behilflich sein, sie herauszunehmen?“ fragte Manuel und kniete nieder, um die Kofferriemen zu lösen.

„Das wollt ich ja gerade!“ rief der Alte eifrig und

sicht bei jeder bedeutenden wirtschaftlichen Frage leicht eine solche Verwirrung, wie wir sie gegenwärtig sehen. Das wird immer schlimmer werden.

Man wird versuchen, die Schuld daran auf das allgemeine Wahlrecht zu schieben und wird an Stelle dessen eine Vertretung nach Berufständen oder Erwerbsklassen setzen wollen. Das würde an der Sache gar nichts ändern. Kapitalisten aller Art, Spekulanten und Ausbeuter, Großgrundbesitzer und Großindustrielle betrachten eben die Müste der Arbeit, die unser Volk mit Gedanken und Händen leistet, als ihre gute Beute und die gegenwärtigen Kämpfe sind nur der Streit um diese Beute. Jede der heutigeren Gruppen verlangt, daß ihr der Staat besondere Nachtwächterdienste leisten soll.

Dieser Zustand kann nicht lange bestehen. Er ist das Reichen des Niederganges der alten Parteien, die den Aufgaben der Zeit nicht mehr gewachsen sind und über welche die Zeitentwicklung mit ehemalem Tritt hinwegschreiten muß.

Zu einem guten Teil ist das ja schon geschehen.

Politische Übersicht.

Ein Commis Krupps als Bollfriedensstifter.

Die Deutsche Tageszeitung brachte am Dienstag abend die fast unglaublich klingende Nachricht, der berühmte Leiter der Kruppschen Werke und Trinkgeldspender für die Buchthausvorlage Geheimrat Jenke habe für Ende dieser Woche eine Konferenz von Reichstagsabgeordneten beabsichtigt Besprechungen der Bollardvorlage einberufen und habe Mitglieder des Centrums sowie der konservativen und nationalliberalen Partei mit seiner Einladung beehrt. Die Deutsche Tageszeitung fand es sonderbar, daß sich ein Privatmann auf solche Art und Weise in den Gang der Reichstagsverhandlungen einmischt, und dabei aber auch noch Zeit und Gelegenheit, sich darüber zu beschlagen, daß die Vertreter der Landwirtschaft bei den Einladungen nicht berücksichtigt worden seien.

Da die Berliner Neuesten Nachrichten tags darauf erklärten, es handle sich um einen schlechten Fälschungsscherz, dem das Organ des Bundes der Landwirtschaft zum Opfer gefallen sei, so durfte man an eine solche Greführung wirklich glauben. Denn es sieht wahrscheinlich wie ein schlechter Fälschungsscherz aus, daß ein Minister des Panzerplattelndungs die vom Volke gewählten Vertreter als Vasallen Seiner nickelstahlernen Majestät zum Rote beruft. Herr Jenke ist doch kein Politiker, sondern ein Geschäftsmann, der die Interessen seiner Firma vertreibt, und nicht um die erste sachliche Behandlung allgemein wichtiger Fragen, sondern nur um die Weitergabe geschäftlicher Aufträge an ihm untergestellte Commis konnte es sich bei der famosen Bollardkonferenz handeln.

Die Sache scheint unglaublich, aber sie ist wahr. So behauptete wenigstens die Deutsche Tageszeitung, die dem Schriftstellerorgan folgende Antwort erhielt:

Einer größeren Unverantwortlichkeit sind wir kaum jemals begegnet. Wenn die Berliner Neuesten Nachrichten von der Absicht ihres früheren Patrons (sic!) die Redaktion der Leipziger Volkszeitung nichts wissen, so mögen sie sich doch gefälligst bei ihm oder auch bei dem Herrn Abgeordneten Bouelius erkundigen. Wir können zur Ergänzung unserer früheren Mitteilungen hinzufügen, daß die Konferenz für den Freitag oder Sonnabend dieser Woche geplant war, da Herr Jenke am Sonntag wieder abzureisen gebahnt. Auch die Namen derer, die mit einer Einladung bedacht werden sollten oder bedacht worden sind, sind uns teilweise bekannt. Es ist ja recht wohl möglich, daß aus dem Plane nichts geworden ist, weil Herr Jenke nicht darüber im Zweifel gelassen hat, daß mit seiner Konferenz nichts erreicht und nichts gefordert werden könnte. Wenn aber die Berliner Neuesten Nachrichten den ganzen Plan als eine Erfüllung bezeichnen, so ist das eine Lügnheit, die die Grenze dessen, was dem skrupellosen Journalismus gestattet ist, weit überschreitet.

Es ist schade, daß die Deutsche Tageszeitung nicht die Namen jener Herren mitteilt, die der Vertreter der Firma Krupp für reif betrachtet hat, seiner Zurnutzung Folge zu leisten. Die Sache sollte offenbar geheim gehalten werden und wurde unmöglich, sobald sie bekannt wurde.

Nebrigens irrt die Deutsche Tageszeitung in einem Punkte. Herr Geheimrat Jenke ist nicht nur der frühere Patron der Berliner Neuesten Nachrichten, sondern er ist es noch gegenwärtig. Die Aktion des würdigen Blattes sind im Besitz der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-

Manuel preschte den Stoffen gegen sein eines Bein, wodurch er eine Hand frei bekam, mit der er das Tier im Nacken packte. Snors aber langte mit der Pfote nach ihm aus, so daß alle fünf Straßen Spuren in seiner Haut hinterließen.

„Du hättest mir doch auch immer helfen können,“ sagte er wütend zu dem Freund.

Mortensen schielte zu Manuels fünf roten Streifen hinüber und streckte zögernd eine Hand mit weit ausgespreizten Fingern vor. Aber dann ließ er plötzlich den Arm sinken und sagte in unendlich überlegenem Ton:

„Läßt ihn los! Zum Teufel, so lass ihn doch los! Es wird ihm ganz gut sein, ein wenig frische Luft zu genießen!“

„Ja, aber —“

„Ich will ihn schon fangen!“ nickte der Alte mit Würde. „Eine Stunde fangen! Es ist doch, so viel ich weiß, kein Krüppeldill!“

Thomson zögerte noch einen Augenblick. Aber dann ließ er den Stoffen los und Snors fuhr mit einem Satz heraus.

Er war infolge des Transports und der Einsperrung vollständig wahnhaft geworden. Zuerst umkreiste er viermal in rasender Geschwindigkeit die Laterne, wälzte sich auf dem Rücken, stochte mit den Pfoten in der Luft herum, miaute, zischte, fauchte, drehte sich wie ein Kreisel, stand wieder auf den Beinen und begann von neuem.

Die beiden Freunde standen da und betrachteten den Ratter mit tiefem Sinn.

„Er ist ganz verrückt geworden!“ erklärte der Menschen-Mortensen dann. „Der Teufel ist in ihn hineingesfahren! — Über!“ — fügte er tröstend hinzu, „das gibt sich wohl wieder.“

„Snors! Lieber kleiner Miezenau-Snors!“ rief

industriellen und Herr Jenke gehört dem Aussichtsrat als Mitglied an.

Keinesfalls dürfte dieser fastige Streit zwischen den beiderseitigen Preisbediensteten die Beziehungen zwischen industriellen und agrarischen Bollwächtern zu verbessern geeignet sein.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 6. Februar. Der heutige Reichstagssitzung wurde im Publikum und in parlamentarischen Kreisen mit Erwartungen entgegengesehen, die sich nicht erfüllen sollten. Vom Etat des Reichsamt des Innern war nur noch ein verhältnismäßig kleiner Rest zu erledigen, und allgemein wurde angenommen, daß das Ressort des Herrn v. Tippky schon heute an die Reihe kommen würde. Eine Stimmung nervöser Spannung beherrschte das Haus, machte sich geltend auf der Bundesstaatsstraße und auf den Tribünen. Neben dem Grafen Posadowsky und seinen Geheimräten wurden denn auch schon bald nach Beginn der Sitzung ein paar zum Reichsmarineamt kommandierte höhere Marineoffiziere sichtbar, deren Aufgabe es war, das Terrain zu erkognosieren und dem in den Bundesstädtemächtern harrenden Herrn v. Tippky alsbold Rapport zu erläutern, ob der Etat des Staatssekretärs des Innern sich seinem Ende zu nähern scheine. In der Hofloge bemerkte man, ebenfalls in Erwartung des Kommandanten, den Adjutanten des Kaisers, Kapitän z. S. d. W. Müller. Aber Stunde auf Stunde vergaß — und immer noch ließerte das sozialpolitische Ressort das Material der Diskussion. In sichtlicher Ungeduld hörten die Herren Seeoffiziere den Reden und Gegenreden zu, einer erklungte sich beim Präsidenten Grafen Ballerstrem, der diplomatisch die Achseln zuckte — schließlich verschwand Herr v. Müller, verschwand zögernd auch die Vertreter des Herrn v. Tippky. Es wurde 6 Uhr, ehe endlich der Etat des Reichsamts des Innern erledigt war, und der Marineetat wird erst morgen zur Verhandlung kommen.

Eine ganz neue Rubrik im Etat ist das Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung. Aber obgleich das Privatversicherungsgesetz erst im vorigen Jahre in Kraft getreten ist und das Aufsichtsamt erst seit dem 1. Januar d. J. besteht, hatte unser Genosse Bloß schon Beschwerden vorzubringen über die dem Geiste des Gesetzes entgegenlaufende Regierungs- und Polizeiyraxis im Braunschweigischen. Dort behandelt man die Gewerbeschäften als Versicherungsunternehmungen, und aus dieser gesetzwidrigen Auffassung heraus ist die Polizei gegen die Zahlstellen verschiedener Arbeiterverbände vorgegangen.

Es war interessant, daß der Direktor des neuen Aufsichtsamts, Herr Woedtke, das Opfer der 12 000 Mark-Affäre, nicht im Reichstage erschien, um sein Ressort zu vertreten. Man hat ihn aus dem Parlament verbannen und glaubt damit auch die Erinnerung an jene famose Angelegenheit allmählich verwischen zu können. An Stelle von Herrn Woedtke war ein anderer Herr auf den Sitz von Herrn Woedtke, dessen Andenken in der Sozialdemokratie nicht verblasen wird: Geheimrat Grüner, der Verfasser der berühmten Denkschrift zur Buchthausvorlage. Von den braunschweigischen Ungezüglichkeiten weiß er nichts; das war alles, was er zu sagen hatte.

Nicht so leichtsinnig kam er bei einem anderen auf die Thätigkeit des Aufsichtsamts gerichteten Angriff davon. Der freisinnige Abg. Dr. Müller-Meiningen brachte zur Sprache, daß ein Versicherungsbeirat, Herr v. Knebel-Döberitz, einer der Väter des Privatversicherungsgesetzes, in einem Kommentar die versicherungstechnische Methode der sogen. „Billmerei“ (nach einem Vertreter der Versicherungswissenschaft Dr. Billmer) als ungültig erklärt habe. Diese von amtlicher Seite ausgehende Verurteilung der Billmerekie steht in direktem Widerspruch mit dem Willen des Reichstags und mit Versicherungen, die zwischen den zweiten und dritten Lesung des Privatversicherungsgesetzes seitens der verbündeten Regierungen in privater, aber bindender Form gegenüber Reichstagsabgeordneten abgegeben worden seien. Den Vorwürfen des Dr. Müller-Meiningen schlossen sich mehrere Redner an. Vergleichbar verfuhr sich Herr Grüner hinter die Rüffung, jener Kommentar sei rein privater Natur: schließlich müßte er doch den allerläufigsten Rückzug antreten und zugeben, daß jene Ver-

Manuel lächelte — „So komm doch, du kleiner Miezenaukater!“

Aber der kleine Miezenaukater fauchte, machte einen frummen Buckel und zeigte die Krallen, dann sprang er plötzlich mit einem Satz an seinem Herrn vorüber, an dem nächsten Balken hinauf, so daß der Mehlstaub um ihn herstob. Und oben auf dem Balken legte er sich gemütlich nieder und schielte mit seinem einen schrecklichen Auge zu dem Feind hinab.

Mortensen guckte in die Höhe wie ein Huhn nach einem Habicht.

„Ja, da liegt er!“ sagte er.

„Und wie bekommt man ihn wieder herunter?“ fragte Manuel.

„Zum Teufel auch, lass ihn doch liegen! Der kommt schon, wenn er sich nur erst beruhigt hat!“

„Ja, Du hast mir aber doch versprochen, daß Du ihn fangen willst!“

Der Alte machte eine überlegene Handbewegung.

„Ich will ihn schon, wenn die Zeit da ist, herbeipraktensieren!“ sagte er. „Verlasse Dich nur darauf!“

Und dann ließen sie den Ratter eine Weile Ratter sein und wandten sich dem Hahn zu.

Thomson nahm ihn behutsam aus dem andern Fach des Ratters heraus und hielt ihn in den hohen Händen vor sich hin.

„Herr du meines Lebens!“ sagte Thomson mitleidvoll — ja, ja, wie einen die Jahre doch mitnehmen können!“

„Ja, elend ist er ja nur!“ nickte Manuel und setzte das Tier vorsichtig auf den Fußboden. „Über deswegens mußte er ja auch hier heraus.“

Der Menschen-Mortensen berührte den Hahn leise mit der Spitze seines gehunden Fußes.

sprechungen seitens der Regierung, u. a. von ihm selbst,

ihthaftlich zwischen der zweiten und dritten Lesung für den Fall einer en bloc-Annahme des Gesetzes gegeben worden sind! Und jetzt schlägt ein maßgebender Beamter der Regierung, indem er jenes damals von Herrn Grüner konzipierte System öffentlich mißbilligt, diesen Zusicherungen geradezu ins Gesicht!

Der Titel, der für die weitere Ausschmückung des Reichstags- und des Präsidialgebäudes 100 000 Mark verlangt, gab zu einer kleinen Kunstdebatte Anlaß. Nicht ohne Bickanter Streit waren weiter die Erörterungen über die Ursachen, warum der Bau des Präsidialgebäudes, das dem Reichstage gegenüberliegt, nicht vorwärts kommen will. Graf Posadowsky zieht den Baurat Wallot der Schuld an dieser Verschleppung, während Singer auf die preußische Bauakademie als retardierendes Moment hinwies. Vielleicht aber spielen — so deutete Singer an — noch andere Einflüsse dabei mit, deren Walten überall sich gebietischer geltend macht.

In verwandten Gedankengängen bewegte sich im vorigen Jahre die Debatte über den Reichsbeitrag zur Restaurierung der Hohenzollernburg. Diesmal wurde der betreffende Etatstitel ohne Debatte bewilligt. Dagegen kam es bei der Position, die zur Erforschung und Bekämpfung der Euberlusole 150 000 Mark vorstellt, zu Erörterungen. Diese Summe wurde von Singer als völlig ungenügend bezeichnet; eine wirkliche Bekämpfung dieser Volkskrankheit erfordere weit höhere Summen, vor allen Dingen aber auch ein Aufgeben der brotverderbenden Bollpolitis. Auch Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei kam auf den Bolltarif zu sprechen, und schon war man mittin in zollpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei leistete sich Herr v. Kardorff eine seiner mit Recht so beliebten heimblütigen Monstrositäten: die Linke wolle die Bauern vernichten wie die Engländer die Buren. Herr Büssing, der gerade auf dem Präsidientenstuhl saß, erzielte Herrn v. Kardorff für diese Stilblüte eine Menge. Abg. Liebermann von Sonnenberg machte für den Brotwucher die Börse verantwortlich, worauf die Linke mit „Hu, hu“-Rufen reagierte.

Zum Schluss gab die Forderung von 4 Millionen Mark zu Vorlesungen an Baubürgenossenschaften für den Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen sowie zum Arealerverbund Anlaß zu einigen Auseinandersetzungen über die Wohnungsnott und die Mittel zu ihrer Abhilfe. Graf Posadowsky entwidmet dabei bodenreformerische Auseinandersetzungen und empfahl das System der Erbpacht. Alle Redner begrüßten die Einstellung der Summe, die freilich nicht mehr ist als eine erste Abzahlungszahlung.

Damit waren die langen und vielseitigen sozialpolitischen Debatten zu Ende gekommen und Graf Posadowsky konnte nach Hause gehen.

Aus dem preußischen Landtage

H. Berlin, 6. Februar. Das Abgeordnetenhaus beriet heute in erster Lesung den Gesetzentwurf über die juristische Prüfung und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst. Das juristische Studium dauert heute in Preußen sechs Semester, der Vorbereitungsdienst als Referendar vier Jahre. Nach der Vorlage soll das Studium um ein Semester verlängert, die Referendarzeit um ein Semester verkürzt werden. Eine weitere Vorlage, die sich auf die Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst bezieht, befindet sich, wie der Minister des Innern im Laufe der Debatte mitteilte, in der Ausarbeitung und wird dem Hause demnächst zugehen.

Fast alle Redner waren mit der Tendenz des Gesetzes einverstanden. Insbesondere wurde angegeben, daß heute viel zu wenig Gewicht auf die praktischen Übungen im Seminar gelegt wird und daß der grauen Theorie ein viel zu weiter Spielraum eingeräumt ist. Bedenken hatten nur die Konservativen und Abg. Traeger (frei. Vp.), der mit Recht betonte, daß es notwendig ist, daß sich die Juristen ins Volksbewußtsein hinein zu versetzen suchen. Allerdings wird sich seine Hoffnung, daß dann zu dem Volksbewußtsein in Widerspruch stehende Gerichtsurteile verschwinden werden, kaum verwirklichen. Das wird erst dann der Fall sein, wenn die Forderung des sozialdemokratischen Programms erfüllt ist — die gelehrt Richten durch Männer ersetzt sind, die mit dem Volle fühlen und denken.

„Du bist doch nicht tot, du altes Gestell?“ fragte er.

„Nein, tot ist er nicht,“ sagte Thomson und strich mit der Hand sanft über den federlosen Rücken des Tieres. — „Warm ist er wenigenstens.“

„Er stirbt ganz gewiß, ehe Du mit ihm nach Hause kommst.“

„Ja, aber dann ist er doch hier gewesen.“

„Dann ist er hier gewesen, ja — Und hat seine Mission erfüllt, wie in den Zeitungen steht!“

Der Hahn-Mortensen war so angegriffen, daß er sich nicht mehr auf den Beinen zu halten vermochte. Er lag platt am Fußboden, und der Hals hing ihm kraftlos an der Seite herab. Ein paarmal versuchte er, den Kopf zu erheben, aber wenn er ihn mühselig ein wenig in die Höhe gebracht hatte, indem er den Schnabel gegen die Dielen stemmte, fiel er matt wieder zurück.

Der Menschen-Mortensen stand da und betrachtete diese Bemühungen aufmerksam.

„Kaput!“ sagte er und machte eine überlegene Handbewegung. — „Zu Ende — fertig!“

Emanuel nahm das Tier wieder in seine Hände und trug es auf die andere Seite des Mahlganges.

„Es kann nicht schaden, wenn er so viel wie möglich be-tritt!“ sagte er.

„Nein!“ nickte der Alte verständnisinnig. „Du kannst auch sehr gut mit ihm in die Küche und auf die Dielen hinabgehen. Sie liegen da unten in süßem Schlummer.“

„Ich nein!“ sagte Emanuel und trug den Hahn an eine andere Stelle — „das thut nicht nötig. Jetzt ist er ja draußen auf dem Felde und im Garten und auf dem Hofe gewesen. Und er sollte ja gerade den väterlichen Boden betreten!“

(Fortsetzung folgt.)

Beachtenswert ist die Anregung der Abg. Dr. Friederich (nat.-lib.) und Frhr. v. Gedächtnis (freikons.), die Referendare mehr als bisher in Nationalökonomie und Staatswissenschaft zu prüfen. Auch andere Redner erläuterten aus ihrer Praxis heraus drastische Beispiele von Unkenntnis einiger Referendare über die einfachsten Verfassungsfragen.

Gährend sich die übrigen Redner an den zur Beratung stehenden Gegenstand hielten, erachteten es die Abg. Dr. Frimer (kons.) und Frhr. v. Gedächtnis (freikons.) für angebracht, bei dieser Gelegenheit einige allgemeine Vermerkungen zu machen, die für die Lebensaufassung der Herren von der Rechten charakteristisch sind. Herr Dr. Frimer will vor allem, daß der Student sich der Geselligkeit widmet; denn es gehöre mit zur allgemeinen Bildung, daß man einen tüchtigen Kumpen vertragen kann und nicht, sobald man ein paar Glas getrunken hat, unnütze Gewöhnlichkeit redet. Es sei besser, der Student widmet sich der Geselligkeit — so führt der konservative Staatsrätter unter deutlicher Anspielung auf den aufgelösten sozialwissenschaftlichen Studentenverein in Berlin fort — als daß er politisch simpelt und in Vereinen in Abwesenheit des weiblichen Geschlechts über hohe soziale Fragen debattiert und dann womöglich mit der Einbildung nach Hause geht, als ob die dort gesuchten Beißlisse irgend welchen wertvollen Wert haben. Wenn es nach Herrn Frimer geht, dürfen sich die Studenten beiseite nicht mit ernsten Dingen beschäftigen; auf der Aneige besteht wenigstens nicht die Gefahr, daß sie zu denkenden Menschen erzogen werden und im späteren Leben die Reaktion bekämpfen.

Wie Herr Frimer für den Bierkommunismus, so brach Frhr. v. Gedächtnis für die studentischen Menschen eine Lanz, deren „erzieherische Wirkung“ er auf keinen Fall vermissen möchte und denen er einen wohlthuenden Einfluß auf die Entwicklung des Charakters, der moralischen, geistigen und körperlichen Energie, beimitzt. Und diese Verherrlichung des Duells erlaubt sich ein ehemaliger hoher Beamter und Politikvertreter in Gegenwart dreier Minister. Ja, noch mehr, die Minister Schönstedt, Stüdt und Frhr. v. Hammerstein hören die Rede mit an und — schweigen.

Die Vorlage ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Morgen wird die Etatsberatung beim Etat für Handel und Gewerbe fortgesetzt.

Die Berliner Polizei

hat dieser Tage einen Bericht über ihre Thätigkeit für die Jahre 1891—1900 herausgegeben, in dem der Fall des Sozialisten-gelehrtes schmerzlich beklagt wird. „Die mit Aushebung dieses Gesetzes eingetretene Unterstellung der Umsturzparteien unter das allgemeine Strafgesetz,“ so heißt es da, „hat sicherlich die sozialdemokratische Propaganda sehr erleichtert und namentlich bei den meist mit praktischem Geschick abgesuchten hier erscheinenden Bewezeugnissen öfter eine Unterdrückung auch in solchen Fällen unmöglich gemacht, wo eine solche aus allgemeinen politischen Rücksichten erwünscht gewesen wäre.“ Der Polizeibericht krönt sich mit der Annahme, daß andererseits die ungehinderte Behandlung der sozialdemokratischen Theorien die Wahl für eine scharfe Kritik der Parteidogmen erlaubt habe.

Wie sind bisher der Meinung gewesen, daß die Polizei lediglich die Überschreitung der bestehenden Gesetze zu verbüßen habe, daß es aber nicht ihre Aufgabe sei, ihre Nase in die Politik zu stecken und über die Wirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen der kompetenten Körperschaften zu philosophieren. Man sieht aber im preußischen Ministerium anderer Meinung zu sein und die Polizei als Pläzmacher für ein neues Reinen im politischen Ausnahmegesetz zu betrachten.

Welcher Geist aber die Thätigkeit der Berliner politischen Polizei erfüllt, beweist die folgende Entstaltung ihrer Geschäfte:

Die Thätigkeit der Berliner politischen Polizei auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens umfaßt drei Gebiete:

1. Die Überwachung der Erfüllung der Formvorschriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850.

2. Die Überwachung der Vereintthäufigkeit politischer und ähnlich wirkender Vereine, soweit das polizeiliche Interesse es erfordert.

Ein drittes Thätigkeitsfeld ist die Mitwirkung bei der Durchführung gewisser Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend einzutragender und eingetragener Vereine.

Die Polizei verteilt ihre hier in Betracht kommenden Geschäfte auf zwei Decernate. Das erste erledigt die Angelegenheiten der unter 2 erwähnten Art insoweit, „als es sich um die der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung widerstreende politische Vereintthäufigkeit der Sozialdemokraten, Anarchisten und Nationalsozialen handelt.“ Das andere Decernat erledigt die übrigen Geschäfte, insonderheit die Überwachung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden, mit den staatsfeindlichen politischen Parteien enge Fühlung besitzenden Gewerkschaften“.

Die Berliner politische Polizei, die sich übrigens als eine Central-Beobachtungsstelle für ganz Deutschland betrachtet, verfolgt also mit großer Beharrlichkeit das edle Ziel, mit Schnauze und Quengeli die Thätigkeit der Arbeiterpartei und der Arbeitergewerkschaften nahm zum legen. Der wenige Erfolg, den sie damit erzielt, sollte ihr die Erkenntnis nicht sie vielleicht noch oben hin sich selbst schadet aber dem Staate viel mehr als den „Staatsfeinden“.

Deutsch-amerikanisches Viehverbot.

Zum Besuch des Prinzen Heinrich in den Vereinigten Staaten muß möglichst viel deutsche Kultur nach Nordamerika importiert werden, damit der hohe Gast sich draußen so heimisch als möglich fühle. Ein Spalier von geheimen Schutzleuten, die begeistertes Publikum spielen, eine düre Eskorte von Schutzleuten, welche den Prinzen in dem gefährlichen Lande bewachen, ein ganzes Arsenal von improvisierten Uniformen und sogar ein teurwertsches Bierabend erwarten den fahnen Seefahrer in der wilden Republik, um ihn in steter Verhüfung mit den Kulturrerren des deutschen Heimat zu erhalten. Das Neueste ist jedoch, daß auch die Kunststüde der deutschen Republiken draußen Verwendung finden sollen, um dem Prinzen über dem Ozean eine respirable Atmosphäre zu schaffen. Wie aus Washington berichtet wird, sind den dorigen Amerikaner davon überzeugen sollen, daß es, mehr als Eng-

land, Deutschland gewesen sei, welches im spanisch-amerikanischen Kriege eine europäische Koalition zu Gunsten Spaniens verhindert habe. Das Telegramm enthält einen Artikel des Professors Schiemann von der Berliner Universität, welcher versichert, der Minister des Auswärtigen bestätige die Nichtigkeit des Artikels.

Am besten wäre es, Prinz Heinrich nähme den Professor Schiemann gleich mit, um den Amerikaner ein Exemplar der sehr brauchbaren Species deutscher Professoren zu zeigen. Herr Schiemann entwickelt in der That eine Weisheit, die diesen unscheinbaren Mann in kurzer Zeit aus der Dunkelheit der voraussetzunglosen deutschen Wissenschaft auf die Höhe staatsrätlerischer Thätigkeit führen muß. Eben noch hat er an der Berliner Universität durch seine Vorträge über die Geschichte Polens Herrn v. Billows Geschichtsbekanntnis bestätigt, und schon erscheint er als akademischer Schwarmkennzeichen der deutschen Weltpolitik, die bereits vor mehreren Jahren ihr Herz für die große Republik entdeckt haben will. Die Amerikaner werden die Höflichkeit zu schwören wissen, daß die deutsche Weltpolitik zur Verstärkung ihrer langverschwiegene Liebe für den wilden Westen sogar einen deutschen Professor bemüht, und wird sich höchstens entsprechend revanchieren. Es ist nur ein Gebot der Gastfreundschaft, daß Amerika der deutschen Flottendemonstration vor Manila eine ähnlich artige Deutung gebe, wie sie der deutsche Professor für die Liebeswürdigkeiten der deutschen Weltpolitik überhaupt neuerdings für sich in Anspruch nimmt. Es wird den Amerikanern nicht schwer fallen, den plumpen Härtlichkeiten des professoralen Elitis zu dienen. Im Humbaum sind die Amerikaner den deutschen „greenhorns“ doch noch über.

* Berlin, 7. Februar. Der Bundesrat überwies in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Disziplin der Gerichtsvollzieher den zuständigen Ausschüssen.

Die Antwort des Kaisers an die Stadtverordneten auf deren Glückwunschadresse lautet: „Bei meinem Geburtstage haben die Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin mir freundliche Glückwünsche und die erneute Versicherung unverbrüchlicher Freude zum Ausdruck gebracht. Ich unterlasse nicht, den Stadtverordneten für diese Ausdauerlichkeit meinen Dank auszusprechen. Die lebhafte Teilnahme der Berliner Bürgerschaft an meinem Geburtstage, wie sie durch Festtagung und Beleuchtung der Gebäude und festliche Veranstaltungen aller Art in die äußere Errscheinung getreten ist, hat mich mit Befriedigung erfüllt, und gebe ich auch der Bürgerschaft gern meinen Dank und meine Freude über ihre patriotischen Kundgebungen hierdurch zu erkennen.“ Die Kundgebung ist trotz aller Byzantinerie des Berliner Freiheitsstifts etwas lächerlich ausgefallen als sonst bei ähnlichen Kundgebungen.

Der deutsche Handelskongress hat gestern seine diesjährige allgemeine Tagung begonnen. Reichsrat Freiherr v. Soden berichtete über den Böllerkrieg und die Anträge, die der ständige Ausschuss dazu gestellt hatte. So war unter anderem beantragt worden, die Mindestsätze auf Getreide auf 6 M. zu erhöhen. Nach einer Erklärung des Freiherrn v. Wangenheim nahm der Handelskongress den Bericht hierüber ohne Debatte zur Kenntnis.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte die Beratung des Militärkredits bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Hauses für Kasernenbau fort.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) führte Beschwerde, daß die Offiziersspeiseanstalten mit Kasinos an vielen Orten, so in Sagan und Spremberg, den Privatrestaurants umgehörige Konkurrenz machen.

General v. Heringen erwidert, Civilisten dürfen nur als Gäste der Offiziere in den Militärsilos verkehren. Darauf könne man sie aber nicht hindern.

Die Forderung für Beschaffung eines Garnisonexerzierplatzes in Zulda, voller Bedarf, von 200000 M., beantragt Abg. Dr. Hasse (nat.-lib.) abzulehnen, da sonst wieder Bauern gelegt werden würden.

Abg. Müller-Gulda (Centr.) bestätigt diese Auffassung.

Um diesen Bedenken zu begegnen, beantragt Abg. Gröber (Centr.), die Forderung nur unter der Bedingung zu bewilligen, daß „der preußische Justus den Eigentümern der zum Exerzierplatz zu verwendenden Grundstücke Entschädigung für sie gleichwertigen Grundstücken leistet“.

Abg. v. Waldbott (kons.) beantragt, in dem Auftrag Gröber zu sagen: „Elsäss in nach Ansicht der Landwirtschaftskammer von Hessen gleichwertigen Grundstücken“.

Alle diese Anträge werden ebenso wie die Forderung selbst mit allen gegen wenige konservative und Centrumsstimmen abgelehnt.

Von der Forderung für den Neubau einer Infanteriekaserne in Mainz werden 200000 M. gestrichen; ebenso von der Forderung für die Geräteausstellung der Kaserne 21250 M. Bei der Forderung von einer weiteren Million für den Truppenübungsplatz des 6. Corps bei Neuhannau bemängeln die Abgeordneten Graf Oriola (nat.-lib.) und Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) die Errichtung einer eigenen Fabrik für Kalksandsteine seitens des Militärfistos. In der Nachbarschaft des Truppenübungsplatzes seien Biegelsteine genug vorhanden, welche Biegelsteine zum Preise von 18 M. pro Mille abgegeben werden. Das neue Baumaterial sei noch nicht genügend erprobt.

General v. Heringen erklärt, die Kalksandsteine stellen sich an Ort und Stelle auf 26 M., während für Biegel 39 M. verlangt werden seien.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) weist demgegenüber auf die niedrigeren Kosten der benachbarten Fiefereien hin und bedauert, daß nicht ein allgemeiner Wettbewerb zugelassen sei.

General v. Heringen erklärt, früher seien zu hohe Preise verlangt worden.

Geheimer Apotheker teilt mit, die Kalksteine seien porös, haltbar und nach jeder Richtung hin erprobte.

Abg. Dr. Bachem (Centr.) will bei den Bausteinen einem gesunden Fortschritt huldigen und erklärt sich deshalb für das Vorzeichen der Verwaltung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) hofft, daß Bachem auch im Kampf zwischen Saccharin und Zucker einen gefundenen Fortschritt zu Gunsten des Saccharins huldigen werde.

Abg. Dr. Bachem (Centr.) erklärt, er werde in diesem Falle für gesunden Fortschritt in der Steuergeleistung ein.

An Reise-, Umzugs- und Transportkosten werden 4500 M. gestrichen. Die Forderung für den Neubau einer militärischen Hochschule in Charlottenburg wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung.

Die Branntweinsteuerkommission des Reichstags trat am Dienstag abend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Zusammenfassung der Kommission, die seit dem April v. Z. besteht,

hat sich sehr verändert. An Stelle des Abg. v. Kardorff (Ap.) der aus der Kommission ausgestiegen ist, führt Abg. Herold (Centr.) den Vorsitz. Außerdem gehören ihm an: vom Centrum die Abg. Müller-Gulda, Speck, Urry und Biesenbach; von den Konservativen die Abg. v. Brochhausen und Gersdorff; Dietrich und Lücke (B. d. L.); von der Freisinnigen die Abg. Gamp und Holz; von den Nationalliberalen die Abg. Dr. Paasche, Dr. Semler und Gis; von der Freisinnigen Vereinigung der Abg. Dr. Pachnicke; von der Freisinnigen Volkspartei die Abg. Dr. Müller-Sagan und Bargmann; von den Sozialdemokraten die Abg. Wurm, Fischer-Sachsen und Rosenow; und von den Polen der Abgeordnete v. Komierowski.

Es wird beschlossen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und dann nach Bedürfnis ein oder zwei Lesungen abzuhalten. Vorab man aber zum eigentlichen Thema kommt, entspannt sich eine sehr lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Müller-Gulda (Centr.) weist auf eine Befreiung hin, die am 3. Dezember v. Z. im Landwirtschaftsministerium über die Branntweinsteuerefrage stattgefunden hat. Der Vortrag, den der Vertreter der Spiritus-Centrale, Herr v. Buttstädt, dort gehalten habe, müsse allen Mitgliedern der Kommission zugänglich gemacht werden. Abg. Pachnicke (freis. Bp.) findet die Situation eigentlich: einer Reichstag-Kommission müsse eine private Erleuchtung zugänglich gemacht werden. Abg. Wurm (Soz.) bestont, daß eine öffentliche Angelegenheit nicht von einer privaten Interessen-Vertretung in geheimer Kommission verhandelt werden dürfe und verlangt Auflösung über die Vorgänge. Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) erwidert, der Landwirtschaftsminister von Podbielski habe auf eigene Faust vier, fünf Abgeordnete und zwar die Herren Speck, Dietrich, Müller-Gulda, Gamp und von Komierowski zu einer Besprechung eingeladen, an der sich ein Dutzend Brennereibesitzer beteiligt hätte. Das sei durchaus Sachen des Ministers. Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) regt daraufhin an, Herrn von Podbielski zu den Verhandlungen einzuziehen. Abg. v. Brochhausen (kons.) hält die Teilnahme des Schatzkastlers v. Thielmann für erforderlich. Unterstaatssekretär v. Fischer entschuldigt das Fernbleiben des Ministers, der heute verhindert sei. — Von anderer Seite wird angeregt, auch den Vortrag des Vertreters der ringfreien Brennereien, des Herrn v. Tiedemann, der Kommission zugänglich zu machen. Schließlich endet die Geschäftsordnungsdebatte mit der Annahme eines Antrages des Abg. Dietrich (kons.), den preußischen Landwirtschaftsminister zu ersuchen, die Verhandlungen der von ihm einberufenen Konferenz der Kommission zugänglich zu machen. Ein Antrag des Abg. Bargmann (freis. Bp.), die Verhandlungen bis zum Eintreffen dieses Materials zu vertagen, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

In der Generaldebatte warnt Unterstaatssekretär von Fischer vor zu weit gehenden Anträgen, insbesondere vor dem Antrag Müller-Gulda, dessen Annahme das Zustandekommen eines neuen Branntweinsteuergesetzes gefährde. — Geheimrat Gelger unterstützt diese Auffassung schon um deswillen, weil Bayern noch wie vor auf dem Standpunkt der Maischbottichsteuer stehe. — Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) beantragt, den Reichstag zu einer Übersicht sämtlicher Brennereien nach Betriebart, Jahresproduktion und Kontingenzen zu ersuchen. — Abg. Wurm (Soz.) beantragt eine Übersicht einzufordern über die im Minge vorhandenen Genossenschaftsbrennereien nebst Angabe der Zahl der Genossen, ihrer Haftsumme und ihres Anteils an der Produktion, resp. des von ihnen zu liefernden Materials und zwar getrennt nach den vor und den nach dem 1. April 1895 begründeten Genossenschaftsbrennereien. — Abg. Dr. Pachnicke (freis. Bp.) kritisirt die Leistungen des Spiritusringes als eine lange Reihe von läppischen Misserfolgen. Große Bestände hätten sich aufgesammelt und große Preisfälle sich nicht vermeiden lassen. — Abg. Dr. Semler (nat.-lib.) bezeichnet als Ziel der Branntweinsteuergesetze, überflüssigen Spiritus unzweckmäßig für die Preisbildung zu machen. Dieser Zweck sei aber durch die bisherige Branntweinsteuergesetze nur gegenüber den größeren gewerblichen Brennereien erreicht worden, die alleamt ihre Produktion verringern mußten, weil für sie der Brennsteuertarif sich höher stellte, als die Denaturierungs-Premie. Redner begründet einen Antrag, durch den ein ganz neues System der Brennsteuern eingeführt werden soll, und das darauf hinzu läuft, daß in denjenigen Brennereien, die Kartoffeln, Mais, Weizen oder Branntwein fassen, für den gewonnenen Branntwein eine Branntweinsteuer von 15 M. für jedes Hektoliter reines Alkohols erhoben wird.

Der oben erwähnte vom Unterstaatssekretär v. Fischer beauftragte neue Antrag Müller-Gulda (Centr.) will die Maischbottich- und Materialsteuer vom 1. Oktober 1902 wegfallen lassen. Dafür soll von denselben Tage ab für den Branntwein, der der Verbrauchabgabe unterliegt, ein Zuschlag zu dieser erhoben werden. Dieser Zuschlag beträgt 12 Pf. pro Liter Alkohol bei landwirtschaftlichen und 20 Pf. pro Liter bei gewerblichen und Materialbrennereien. Für diejenigen Brennereien, die in einem Betriebsjahr nicht mehr als 1000 Liter Alkohol erzeugen, wird dieser Zuschlag staffelförmig auf 16, 12, 8 und 4 Pf. ermäßigt. Die heutigen Verhandlungen schlossen mit der Annahme der Anträge der Abgeordneten Dr. Müller-Sagan und Wurm. Die Weiterberatung wurde auf Freitag abend verlegt; die dritte Sitzung soll dann Sonnabend vormittag erfolgen.

+ Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Fall Bredenbeck. Die empörte Behandlung des Redakteurs unseres Dorfmündes Bredenbeck durch Anlegung von Fesseln während seines Transports von Herford nach Dortmund hat den Verein Berliner Presse und drei anderen Vereinen von Schriftstellern und Journalisten Gelegenheit gegeben, beim Reichstag um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zu petitieren, welche es unmöglich machen, daß wegen politischer Vergehen Verurteilte gleich gemeinsen Verbrennern behandelt werden. Bekanntlich hat sich auch das preußische Abgeordnetenhaus bereits mit der Sache beschäftigt und wurde dort besonderer Wert darauf gelegt, darauf hinzuweisen, daß Bredenbeck kein „gebildeter“ Redakteur, sondern nur Sekretär gewesen sei, eine Behauptung, die von den bei derselben Zeitung beschäftigten Kollegen Bredenbecks als unwahr bezeichnet wird.

Auch der zur Kommissionsberatung zugezogene drei-gierungskommissar erklärte rund heraus, daß die Standes-, Vermögens- und Berufsverhältnisse bei der Behandlung (Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu drei Beilagen und die Romanbeilage.

Nach Beendigung der Fabrik-Inventur

empfingen wir von unserem Stammbau in Burg bei Magdeburg
Grosse Posten Herren- und Damen-Leder-Zug- und Schnürstiefel
sowie Ballschuhe

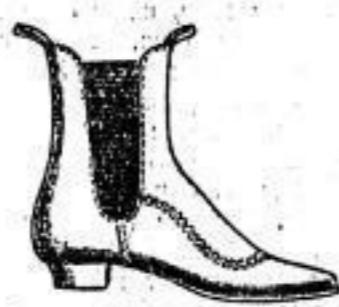
und die Restbestände diverser Winter-Schuhwaren, welche laut Bestimmung der Fabriken
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

13 Reichsstrasse **13**

zum Verkauf ausgestellt sind.



Damen-Nohleder-Spangen-Schuh, sehr elegant, M 3.00.
Damen-Vadrich-Spangen-Schuh M 2.70.
Damen-wollh.-Glacé-Vall-Schuh mit Spange M 2.95.



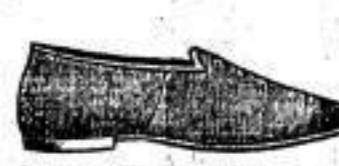
Damen-Nohleder-Zugstiefel starker Strohenteil M 2.60.



Damen-silbrig Satin-Ballshuh, sehr elegant M 1.75.
Damen-Vadrich-Ball-Schuh M 1.95.



Damen-Wohleder-Schnürstiefel, extra hart, M 3.90.



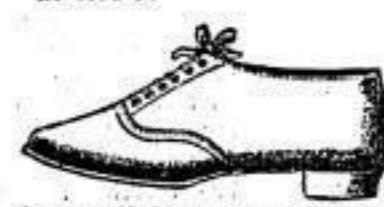
Damen-Welton-Steppschuh in Ausführung, mit Ledersohle und Abh., M 1.25.
Dieselben mit Filz- u. Ledersohle, M 1.00.



Kinder-braun Ziegens-leder-Knopftiefel, warm gefüttert, Länge 21-24, M 2.35.



Herrn-Wohleder-Zugstiefel ganz glatt, genagelt, M 4.90.



Herrn-Nohleder-Schuh genagelt, M 3.90.
Herrn-Nohleder-Zugstiefel genagelt, M 3.65.
Damen-Wollh.-Pantoffel, starke Ledersohle, M 0.78.



Gord-Hausschuhe Ledersohle, Abh., Kinder-Größe 24-29, M 0.68.
Mädchen und Knaben 30-35, M 0.78.



Herrn-Wohleder-Schnürstiefel mit Besatz und Kappe M 4.00.



Herrn-Wohleder-Zugstiefel mit Velv., genagelt, M 3.00.

Damen-Gord-Pantoffel mit leichter Ledersohle M 0.48.

Anmerkung:

Der Verkauf dieser ebenfalls tabellierten Waren findet nur bis zur vollständigen Räumung der in unserem Fabrikalager befindlichen Vorräte statt.
Die jeweiligen Kaufnahme-Preise sind in deutlich sichtbaren Zahlen auf jeder Sohle vermerkt. Eine freie Bezahlung ohne Kaufzwang ist gern gestattet.

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste Schuhwaren-fabriken Burg bei Magdeburg

13 Reichsstrasse 13.

Größtes und billigstes Herren-Moden-Haus

Gebrüder Rockmann

Inhaber:
Gottfried Hühne.

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf!

21
spottbillige Tage!

Filiale „Schönefeld“
Jeden Sonntag von 11 bis 2 Uhr geöffnet!

Centrale:
L.-Reudnitz
Dresdener Str. 75
gegenüber dem Reudn. Depot.

Leipzig
Tauchaer Strasse 1
dicht nebend. Krystallpalast.



Nie wiederkehrendes Angebot!

Winterüberzieher

früher Mk. 10½-27
jetzt „ 8½-19

Herren-Joppen

früher Mk. 5½-18
jetzt „ 4½-13

Herrenbeinkleider

früher Mk. 4½-14
jetzt „ 3½-9

Winterüberzieher

früher Mk. 28-45
jetzt „ 20-33

Gehrock-Anzüge

früher Mk. 26-50
jetzt „ 18-40

Knaben-Anzüge

früher Mk. 4½-16
jetzt „ 3½-11

Sport-Paletots

früher Mk. 16-42
jetzt „ 12-32

Jackett-Anzüge

früher Mk. 14½-39
jetzt „ 10½-30

Knaben-Paletots

früher Mk. 4½-18
jetzt „ 3½-12

Achtung!

Unter der Hälfte des Wertes!

Kragen-Mäntel f. Herren jetzt 9 Mk.
Kragen-Mäntel f. Burschen „ 7½ „

Kragen-Mäntel f. Schüler „ 5½ „

Kragen-Mäntel f. Knaben „ 2½ „

Marien-Drogerie
Leipzig-Plagwitz
G. O. Heinrich.

10066] Franzbranntwein, echter
in Flaschen à 45, 75 und 140 à
Medicinal-Leberthran, in
in Flaschen à 50, 75 à 1. ausgewogen.

1 pracht. Bettstelle, Matratze, Über-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 à, sofort zu verkauf. Brüht 16/48, Vorber.



Welche kluge Hausfrau?
gebraucht heute wohl etwas
anderes, als die beliebte

Vitello

statt
Butter?

Vitello-Margarine
hergestellt nach D. R. P. 97057
aus feinstem Rinderfett,
verbuttert mit Milch u. ff. Sahne,
verfeinert durch Zusatz
von frischem Eigelb
ist bester Ersatz für Naturbutter.

Alleinige Fabrikanten:
Van den Bergh's
Margarine-Gesellschaft m. b. H.
Cleve.

I. Beilage zu Nr. 31 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. Februar 1902.

Reichstag.

186. Sitzung, Donnerstag den 6. Februar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesrat: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Abg. Büssing (Soz.): Bei der Beratung des Gesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften befürworteten wir, der § 1 könnte auf die Gewerkschaften der Arbeiter angewandt werden, und diese somit als Versicherungsanstalten unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Die Regierung versicherte uns das Gegenteil und die Kommission bestimmt in § 1, daß als Versicherungsunternehmen in diesem Sinne nicht solche Vereine anzusehen seien, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, auf welche ihnen ein Rechtsanspruch nicht zusteht. Trotzdem wurde auf Grund dieses Gesetzes in Braunschweig gegen die Gewerkschaften eingeschritten.

Allerdings ist nur die Polizei gegen einzelne Braunschweiger Gewerkschaften vorgegangen. Es wurden dienten sogar Bilder konfisziert. Das Gericht in Braunschweig hat die Sache allerdings nicht zur Entscheidung gebracht, sondern sich für ungültig erklärt. Solche Dinge dürfen nicht wieder vorkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Rat Gruner: Uns ist dienstlich davon nichts bekannt geworden, es kann sich also nur um Vorkommissse vor Instrukturen des neuen Gesetzes handeln.

Abg. Müller-Melningens (kreis. Vp.): Ueber die Frage, ob die Billmeyer zulässig ist, ist trotz eines klaren Beschlusses des Reichstages, durch einen von Herrn von Knebel-Döberitz veröffentlichten Kommentar zweifelhaft. Da dieser Herr auch gleichzeitig Versicherungsberater ist, so hat sein Kommentar die Bedeutung einer amtlichen Ausschaffung.

Abg. Dr. Helm (Centr.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. Grilliger (kreis. Vp.) wünscht eine Entlastung der Beamten des Aufsichtsamtes für Privatversicherung.

Abg. Büssing (nat.-lib.) schließt sich der Beschwerde des Abg. Müller-Melningens an und erwartet eine Erklärung seitens der Regierung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (kreis. Vp.): Die Regierung hätte um so mehr Veranlassung, klar Stellung zu nehmen, als ich schon unter dem 27. Januar erklärt habe, die Legalität des Reichstages gegenüber der Volksvertretung verbiete es, auf dem Verwaltungsweg eine Einschränkung der Billmeyer zu bewirken über die Grenzen hinaus, welche im Gesetz festgelegt worden seien.

Geh. Rat Gruner erklärt, daß dieser Kommentar eine rein private Angelegenheit des Herrn von Knebel-Döberitz sei. (Widerspruch.)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Müller-Melningens (kreis. Vp.) und Geh. Rat Gruner stellt Präs. Graf Ballerstrem mit, daß eine Resolution des Abg. Büssing (nat.-lib.) und Genossen eingegangen sei, die den Reichskanzler erüthrt, die Billmeyer-Methode obligatorisch für zulässig zu erklären.

Abg. Dr. Helm (Centr.): Der Reichstag hat in dieser Angelegenheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht. In dem Vorgeben des Aufsichtsamtes, diesen Willen nicht zu beachten, aber liegt der Vorwurf der Unehrlichkeit begründet. Wenn das so ist, dann ist das ein Standort. — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen.

Abg. Dr. Helm: Ich habe diesen Ausdruck nur konditional gebraucht. (Hinterkeit.)

Präsident Graf Ballerstrem: Auch konditional bitte ich Sie, sich zu mäßigen. (Große Hinterkeit.)

Abg. Bassemann (nat.-lib.) bittet um Annahme der Resolution Büssing.

Geh. Rat Gruner erklärt, daß die Resolution eine Eingriff in die Verwaltungspraxis des Aufsichtsamtes enthalte.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über die Resolution Büssing wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Damit ist das Ordinarium erledigt.

Unter den einmaligen Ausgaben des Ordentlichen Etats werden unter Titel 4 zur weiteren Ausschmückung des Reichstagsgebäudes 100000 M. gefordert.

Abg. Dr. Delnhard (nat.-lib.): Von der Verwendung dieser 100000 M. haben wir in den letzten Jahren recht wenig bemerkt. Ich halte es für wünschenswert, daß die Ausbildungskommission, deren ratslose Arbeit ich nicht verkenne (Große Hinterkeit), einen künstlerischen Beitrag zu ihren Beratungen hinzuweißt. Redner tabelliert die Aufstellung der Büste Kaiser Wilhelms I. im Kuppelsaal des Reichstags. Es ist noch nie vorgekommen, daß eine Statue in einem Raumbau aufgestellt worden ist. (Sehr richtig!) Zur Ausschmückung der Räume sind statt vollendetem Bildern nur Skizzen angebracht worden. Jahre hindurch Skizzen anzusehen, hat doch etwas Ermüdbendes. (Hinterkeit.) Weiter bitte ich um Aufstellung größerer Schränke zur Unterbringung der Drucksachen für die Abgeordneten.

Abg. Graf Ballerstrem (b. L. Fr.): Als Abgeordneter erwähne ich dem Vorredner, daß die Ausbildungskommission schon seit langem einen künstlerischen Beitrag hinzugezogen hat. Dieser Beitrag wirkt bei jeder Neubefassung und Neubefestigung mit. — Was die Aufstellung der Büste Kaiser Wilhelms I. im Kuppelsaal betrifft, so mag ja sein, daß dies künstlerisch nicht angemessen ist, aber hier ist ein historisches Moment dafür gegeben, da Kaiser Wilhelm I. auf dem Schlussstein stehen sollte. — Die Aufstellung weiterer Schränke zur Bequemlichkeit der Abgeordneten werde ich in Erwägung ziehen. (Lebhafte Beifall.)

Der Titel wird bewilligt.

Zur Errichtung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag werden als letzte Rate 818000 M. gefordert.

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.): Bedauert die lange Verzögerung der Fertigstellung des Baues. Hatte ein privater Baumeister ein solches Gebäude zu errichten, so stände schon längst angeschlagen: Hier sind Wohnungen zu vermieten! (Hinterkeit.) Redner stellt eine Resolution für die dritte Lesung in Aussicht, die Regierung zu ersuchen, das Gebäude bis zum 1. Dezember dieses Jahres fertig zu stellen. (Bravo!)

Geh. Rat Baurat Hopp erwähnt, daß die Fertigstellung des Gebäudes sich nicht bis zum 1. Dezember wird bewerkstelligen lassen. (Allgemeines Echo!)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Um den inneren Ausbau des Gebäudes fertig zu stellen, müssen wir erst die Bedingungen haben und diese Bedingungen sind von Herrn Baurat Wallot noch nicht geleistet. (Hört! Hört!)

Abg. Singer (Soz.): Die Schuld an der Verzögerung des Baues trägt vor allem die preußische Bauverwaltung wegen ihrer wiederholten Eingriffe.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was an mir liegt, so werde ich dafür sorgen, daß der Bau möglichst schnell fertig gesetzt wird.

Abg. Singer (Soz.): Es ist der Würde des deutschen Reiches nicht würdig, wenn es seine Bauten von der Akademie eines Einzelstaates prüfen lassen muß. Nach den Erfahrungen, die wir in der Gemeinde Berlin gemacht haben, können wir ja gar nicht wissen, wer hinter der preußischen Akademie steckt. (Sehr richtig! links.) Es muß prinzipiell entschieden werden, ob Zustände, wie sie in Berlin bestehen, daß kein Stein auf den anderen gesetzt werden

soll, von dem eine gewisse Stelle nichts weiß, nun auch für die Bauten des Reiches Geltung haben sollen! (Schr. richtig! links.) Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann nur versichern, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen selbst den Wunsch hat, diese Reichslast los zuwerden. Der Reichstag hat aber bisher noch keine Anfang geschaffen, welche die Projekte für Bauten des Reiches revidiert.

Der Titel wird bewilligt.

Zur Unterstüzung für die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens werden 30000 M. gefordert. Die Abg. Eichhoff (kreis. Vp.) und Gen. beantragen den Titel in folgender Fassung zu bewilligen: Unterstüzung an die deutsche Gesellschaft für Erziehungs- und Schulgeschichte 30000 M.

Abg. Eichhoff (kreis. Vp.): Wir wünschen, daß schon im Dispositiv dieses Titels ausgesprochen wird, daß die 30000 M. lediglich der verdienstvollen Gesellschaft für Erziehung und Schulgeschichte zu gute kommen sollen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Zum Antrag Eichhoff liegen seinerlei Bedenken vor.

Der Antrag wird angenommen, ebenso debattlos eine Reihe weiterer Titel. Beim Titel: Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose 150000 M. nimmt das Wort:

Abg. Singer (Soz.): Von diesen 150000 M. sollen 85000 M. zur Untersuchung über die Identität der menschlichen und tierischen Tuberkulose, 85000 M. als finanzielle Beihilfe des Reichs zur Errichtung von Lungenhospitälen verwendet werden. Die erste Förderung finden wir angemessen, für eine Förderung von Lungenhospitäten aber sind 85000 M. nicht ausreichend. Eine wirkliche Bekämpfung der Tuberkulose erfordert viel höhere Kosten. Außerdem Sie Ihre Bollpolitik, sorgen Sie für eine soziale Erziehung und vernünftige Gewerbebegleitende, dann werden Sie die Volksseuche wirksam bekämpfen. Ich möchte das Reichsamt des Inneren erreichen, erst die nötigen Vorarbeiten zu machen, und dann im nächsten Etat eine größere Summe einzustellen. (Bravo!)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Tuberkulose muß noch drei Richtungen bekämpft werden. Erstens müssen Heilstätten geschaffen werden für noch heilbare Kränke, zweitens für unheilbare Kränke und drittens brauchen wir Maßnahmen für vorläufig geheilte Lungenträne, in denen sie zu gesunden Berufen erogen werden. Das Centralomite mit seinen beschränkten Mitteln hat sich bisher nur dem ersten Zwecke widmen können. In diesem Jahre konnte infolge der schlechten Finanzlage eine größere Summe leider nicht in den Etat eingestellt werden.

Abg. Dr. Endemann (nat.-lib.): Hofft, daß der Etatstitel im nächsten Jahre erneut größer ausfallen werde.

Abg. Dr. Müller-Sagan (kreis. Vp.): schließt sich diesem Wunsche an. Die Summe, die hier zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit gefordert wird, ist viel zu klein, im Vergleich zu den Millionen und Abermillionen, um die die Lebenshaltung des Volkes durch den Bolltarif feuert wird. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Kardorff (fortschreibend): Ich weiß ja, daß Sie (nach links) einen Kampf gegen die Erhaltung unseres Buerstandes führen (Große Unruhe links), daß Sie diesen Kampf mit derselben Eroberung führen, wie die Engländer ihren Kampf gegen die Buren führen. (Sturmische Heiterkeit links.) Die große Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung muß aber erfahren, daß hier auch Leute sitzen, die solche Angriffe zurückweisen. (Abg. Singer: Ehrenbauer: Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (kreis. Vp.): Wir sind allerdings der Meinung, daß in dem Maße, wie dem Volke die notwendigsten Lebensmittel verteilt werden, der Boden gelockert wird, auf dem die Tuberkulose gedeihet. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (fortschreibend): Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß erhöhte Getreidepreise nicht erhöhte Brotpreise zur Folge haben. (Lachen links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (links.): Das Brot ist nicht teurer geworden, als Fürst Bismarck zum Schatzoll überging, und nicht billiger, als Graf Caprivi zu einer Art Freihandel zurückkehrte. Wenn Sie (nach links) uns wirklich helfen wollen, den Brotwucher zu befehligen, dann helfen Sie uns den Brotwucher der Börse befehligen. (Auf links: Hal! Hal!)

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattlos eine Reihe weiterer Titel.

Abg. Dr. Müller-Sagan (kreis. Vp.): Wir sind allerdings der Meinung, daß in dem Maße, wie dem Volke die notwendigsten Lebensmittel verteilt werden, der Boden gelockert wird, auf dem die Tuberkulose gedeihet. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (fortschreibend): Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß erhöhte Getreidepreise nicht erhöhte Brotpreise zur Folge haben. (Lachen links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (links.): Das Brot ist nicht teurer geworden, als Fürst Bismarck zum Schatzoll überging, und nicht billiger, als Graf Caprivi zu einer Art Freihandel zurückkehrte. Wenn Sie (nach links) uns wirklich helfen wollen, den Brotwucher zu befehligen, dann helfen Sie uns den Brotwucher der Börse befehligen. (Auf links: Hal! Hal!)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Erwerb eines Versuchsfeldes und Bau eines Dienst- und Laboratoriumsgebäudes für die biologische Abteilung für Land- und Forstwirtschaft am Gesundheitsamt werden als erste Rate 150000 M. gefordert.

Auf eine Anfrage des Abg. Reitich (cons.): erläutert Graf Posadowsky, daß die Absicht besteht, die biologische Abteilung des Reichsgesundheitsamts zu einer selbständigen Behörde zu machen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattlos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter zu bewilligen.

Abg. Schröder (kreis. Vp.): daß gegen die Gewährung von Baubearlehen an Private und gemeinnützige Berufsgenossenschaften nichts einzuwenden sei. Redner legt gewisse praktische Schwierigkeiten des Erbbauwerts dar.

Abg. Dr. Grilliger (kreis. Vp.): schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Es ist eine Pflicht des Reiches und der Einzelstaaten, bedeutende Geldmittel zum Bau von Arbeiterwohnungen und damit zur Befestigung der Wohnungsnott aufzuwenden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichskanzler ist auch heute noch der Ansicht, daß die Regelung der Wohnungsfrage Sache der Einzelstaaten ist. Der Zweck dieses Titels ist, dauernd billige Wohnungen zunächst für die minderbemittelten Beamten zu schaffen. Wenn wir Genossenschaften unterstützen, so ist es die Hauptsaache, daß wir ihnen die leichte Hypothek geben, die immer am schwersten zu beschaffen ist. Wir dürfen aber nicht Genossenschaften unterstützen, bei denen schließlich die einzelnen Genossenschaften in den Besitz der Häuser kommen.

Abg. Dr. Grilliger (kreis. Vp.): Die Vorlage hat für die Gewährung von Darlehen durchaus die richtige Grenze gezogen. Ich wünsche, daß uns beim nächsten Etat eine allgemeine deutsche Wohnungsstatistik vorgelegt wird, die auch die ländlichen Verhältnisse berücksichtigt. Auf die jetzigen 4 Millionen, die nur einen Tropfen auf den heißen Stein bilden, müssen weitere Millionen folgen. Die Wohnungsnott leugnen, heißt mit geschlossenen Augen umhergehen. Das Reich kann den Arbeitern hier durch die Genossenschaften helfen.

Abg. Franken (nat.-lib.): Wir begrüßen es mit Freude, daß das Reich endlich auf diesem Gebiete vorgegangen ist.

Abg. Raab (Ant.): wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schröder bezüglich der Ablehnung des Erbbauwerts. Die Hauptsaache ist, daß die Privatspekulation vom Boden ferngehalten wird.

Nachdem noch die Abgeordneten v. Kardorff (Kreisop.) und Dr. v. Bevezow das Vorgehen der Regierung als sozialpolitischen Fortschritt begrüßt haben, wird der Titel bewilligt.

Damit ist das Extraordinarium erledigt.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Hierauf verzögert sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Marineamt und Etat für Kiautschou).

Siebzehnte Sitzung der Zolltarifkommission.

Berlin, 6. Februar 1902.

In der Presse reden sich die Bollparteien gegenseitig zu, die Einigkeit zu fördern und in der Zolltarifkommission richten ihre Vertreter die Einigkeit zu Grunde. Dass die Nationalliberalen noch immer lieber mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen als mit den Agrarier, ist männlich erstaunlich. So traten sie auch heute der Regierung zur Seite, wenn schon es Leuten, wie dem Abg. v. Henz, schwer ankommen mag, nicht auch zugleich den Junters und Brodwucherern dienen zu können.

Anderer das Centrum, das in allen Spielarten sozialpolitischer Politik bewandert ist und mehr an seine parteipolitischen Vorteile denkt, während den Konservativen fliegende Münze über alles geht, so doch sie in blinder Naivität den politischen Windzügen ihrer jüngeren Kartellbrüder vom Centrum erlegen.

Die heute abgeschlossene Debatte über die gemischten Transfälzer zeitigte noch einige Abänderungen an dem Antrage Helm-Müller, für den sich das Centrum schließlich fest engagiert und den Antrag Graf Schwerin verengnete. Dieser Bruch reiste die Junters. Treulosigkeit gegen Treulosigkeit — dachten sie und ließen, als der Antrag Schwerin durchgefallen war, weil die Abgeordneten Spahn, Trimbach und Voelkmann nicht für ihn stimmten, dann raschütig den Antrag Helm-Müller durchsetzen. Lange Geschichte der Bolltarifbrüder und Heiterkeit in der Opposition war die Folge davon.

Als dann die Felle der Agrarier fortgeschwommen waren, wollten sie dieselben durch eine erneute Abstimmung zurückholen. Das wurde ihnen jedoch durch den Nachweis, daß ordnungsgemäß die Abstimmung vor sich gegangen war, vereitelt.

Was werden nun die Deutsche Tagesschaltung und die übrigen Schreibbüroen sagen? — Es werden wohl auch wieder schöner Tage kommen! Also Geduld! Immerhin war es lustig, die entagierten Konservativen Böllner mit der Sozialdemokratie Klem in Atem gegen das Centrum stimmen zu sehen.

* * *

Der Berichtsteller für die eingegangenen Petitionen bringt dieselben zum Vortrag. Die Handelskammern und die Kaufmannschaften für Königsberg und Danzig weisen auf die Gefahren hin, welche die Aufhebung der Transfälzer für den Getreidehandel, speziell im Osten Deutschlands, hat, und protestieren gegen die Einschränkung der Transfälzer. Ferner petitionieren im gleichen Sinne die Handelskammer Straßburg, der Verein deutscher Handelsmänner, die Handelskammer Frankfurt a. M., Mannheim, Mainz, Kiel, Oldenbourg, Bielefeld, der Deutsche Handelsrat; dagegen petitionieren die Kleinstädter des Kreises Schwabisch Hall für Aufhebung der Transfälzer und zinsfreier Bollkredite, bezgleichen der Bayerische Bauernverein.

Brömel bittet, Graf Schwerin möge die gestern angegebenen Berechnungen im Protokoll niederlegen. Das wird zugesagt.

Müller-Hulda: Es ist übertrieben, wenn Dreesbach sagt, wir rießen große Unruhe mit unseren Anträgen im Lande hervor. Der Antrag, den ich und Dr. Helm gestellt, will nur geistlich festlegen, was in den Motiven zur Regierungsvorlage ausgedrückt ist. (Widerspr

Ritter 2 § 9 wird ohne Abstimmung angenommen. Zu Nr. 3 § 9 liegt außer dem bereits gemeldeten von Gothein, ein Antrag Brömel vor, dessen 1. Absatz die gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufrecht zu erhalten wünscht, während der 2. Absatz den Wortlaut der Nr. 3 § 9 des vorliegenden Gesetzentwurfs wiederholt.

Brömel tritt in längerer Rede für seinen Antrag ein.

Unteraussichtsrat v. Hilscher erachtet eine Ablehnung des Antrags. Die Regierung sei auf früheres Verlangen des Reichstags zu der Aenderung gekommen.

Gothein wendet sich gegen den Regierungsvertreter. Die weitere Diskussion spielt sich nur zwischen den beiden Rednern ab.

Der Antrag Brömel wird gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Die Aussichtsratsmitglieder der Trebertrocknungs-Aktiengesellschaft auf der Auflagebank.

H. F. Kassel, 6. Februar 1902.

Vierter Tag der Verhandlung.

Der Präsident, Landgerichtsdirектор Barlhausen, eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung: Es sei beschlossen worden, auf die Vernehmung des Generaldirektors der Dortmunder Union, Kommerzienrat Brauns, zu verzichten. Vert. Justizrat Dr. v. Gordon beantragt, den bereits eingetroffenen Kommerzienrat Lucas (Berlin), Mitglied des Nellestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft, als Sachverständigen zu vernehmen. Der Gerichtshof entspricht diesem Antrage.

Es wird alsbann Dr. phil. Rohr (Gotha) als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragten des Vorsitzenden: Ich war von Anfang 1898 bis Februar 1900 Syndikus der Gesellschaft. Ich schied vorzeitig aus, weil mir vieles nicht paßte. Ganz besonders konnte ich trotz großer Mühe keinen richtigen Überblick über die Einzelheiten des Unternehmens gewinnen. Ich glaubte zunächst, Direktor Schmidt sei nicht im Stande, die Geschäfte allein zu bewältigen. Ich schlug daher vor, Schmidt zum Generaldirektor zu wählen und ihm zwei Direktoren zuzustellen. Schmidt lehnte dies aber ab. Ich bestand nicht auf meinem Vorschlag, da ich schließlich zu der Ansicht gelangte, daß die Sache doch nur einen anderen Namen bekommen würde, da doch Schmidt nach wie vor alle Anordnungen treffen würde, in der Sache selbst aber nichts geändert wäre. Durch die fortwährenden Angriffe der Frankfurter Zeitung wurde ich ständig. Ich gewann schließlich die Überzeugung, daß nicht alles in Ordnung sei und schlug Schmidt 1899 vor, die Gesellschaft durch wesentliche Herabsetzung der Dividende, große Abtretungen und womöglich durch Zusammenlegung der Aktien zu konsolidieren. Wäre das geschehen, so hätte meine Meinung noch der Zusammenbruch vermieden werden können. Ich gewann sehr bald die Überzeugung, daß verschiedene Tochtergesellschaften, insbesondere Krappis und Memel, mit Unterblanz arbeiten. Ich hatte den Eindruck, daß auch andere Gesellschaften nicht mit Gewinn arbeiteten. Es war mir aber unmöglich, mich zu informieren. Der Privatschreiber des Direktors erwiederte mir, als ich nach dem Material fragte, er dürfe nicht das Geringste herausgeben. Ich wurde wohl von allen möglichen Nebendingen, z. B. wenn ein junger Comptoirist, der ein monatliches Gehalt von 100 Mark bezog, etwas versehen hatte, in promptester Weise in Kenntnis gesetzt, von den Hauptfachkenner erfuhr ich aber nichts. Vor.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Es ist sehr interessant, daß solche Briefe täglich hinausgingen und von Ihnen unterschrieben wurden, eine Verantwortung für den Inhalt Sie aber ablehnten. Ich finde das um so eigenartlicher, da dieser Brief nur wenige Zeilen enthielt. Es ist daher doch anzunehmen, daß Sie diesen Brief, ehe Sie ihn unterschrieben, durchgelesen haben? Zeuge: Ich bemerkte, daß ich solche Briefe einfach unterschrieb, ohne davon Kenntnis zu nehmen, ich war auch kaum berechtigt, meine Unterschrift abzulegen. Wenn an mich persönlich eine solche Anfrage gekommen wäre, dann hätte ich die Antwort abgelehnt. Mein Nachfolger, der Kaiserliche Rat Auspither, hat allerdings einmal einen Brief geschrieben, in dem er betreß der vorrechten Geschäftsführung und der günstigen Geschäftslage mit seiner ganzen persönlichen Ehre eintrat. Ich nahm Veranlassung, Herrn Direktor Schmidt zu schreiben, daß ich einen solchen Brief nie und nimmer geschrieben hätte. Allein für solche zu Hunderten einlaufenden Anfragen von Aktionären könnte ich keine Verantwortung übernehmen, ich habe lediglich als Organ der Verwaltung gehandelt, und den von dieser festgelegten Standpunkt vertreten müssen.

Vor. Justizrat Dr. v. Gordon: Ist Ihnen erinnerlich, daß Herr Schulze-Döllwig, der ja auch im Aussichtsrat der russischen Tochtergesellschaft ist, Sie einmal bat, dafür zu sorgen, daß alles in Ordnung sei, da er von den Dingen nichts verstehe. Zeuge: Ich glaube, daß Herr Schulze-Döllwig eine solche Bitte an mich gerichtet hat.

Angest. Arnold Sumpf: Ich muß bemerken, daß ich mich sehr freute, als ich Direktor Schmidt in der Person des Herrn Zeugen einen juristischen Berater gab. Wir hätten doch erwarten müssen, daß der Herr Zeuge uns von seinen Wahrnehmungen über die Geschäftsvorführungen in Kenntnis setzte.

Vor. Justizrat Dr. Harnier: Wurde der Geschäftsbericht in der Generalversammlung erörtert, oder wurde nicht wenigstens nach der Generalversammlung darüber gesprochen? Zeuge: Nein, an die Generalversammlung, die im Hotel König von Preußen stattfand, schloß sich gewöhnlich eine Geselligkeit, so daß sich zu einer Unterhaltung über den Geschäftsbericht keine Gelegenheit bot.

Der folgende Zeuge, Prokurator Jakobi (Düsseldorf), bestimmt: Direktor Schmidt schrieb den Geschäftsbericht mit Bleistift auf, er (Zeuge) habe alsbann denselben abschreiben lassen und in Druck geben.

Ingenieur Dr. Haeske: Das Trebertrocknungsverfahren an sich sei ein sehr rentables Unternehmen. Die von ihm geleitete Abteilung habe im letzten Jahre einen Gewinn von 6000 Mt. erzielt.

Konkursverwalter Justizrat Frieh: Diese Gewinne der einzelnen Abteilungen seien selbstverständlich nur Bruttgewinn. Es seien dabei nicht die Umlöste, ja nicht einmal die Gehälter der Angestellten berücksichtigt gewesen.

Gemüter Dr. Köhler: Er sei Leiter der statistischen Abteilung der Trebergesellschaft gewesen. Wenn auch viele Treberanlagen ganz rentabel waren, so habe er die Geschäftsberichte dennoch für viel zu rosig gefärbt. Die Gesellschaft hatte, aus Anlaß der vielen Tochtergesellschaften, gar zu hohe Umlöste.

Der folgende Zeuge, Kaufmann Deubner (Kassel): Er sei der kaufmännische Leiter der Tochtergesellschaft Ascha (Ungarn) gewesen. Das Unternehmen habe 7 bis 10 Proz. Gewinne ergeben.

Vor.: Es ist doch aber nachgewiesen, daß das Aschaer Werk erhebliche Umlöste erfordert hat. Zeuge: Ich habe die Abrechnung nach Kassel gebracht, welche Umlöste das Werk hatte, weshalb ich nicht.

Vor. Justizrat Dr. Harnier: Sie haben an den Direktor Schmidt schriftlich berichtet, daß das Aschaer Werk mit sehr großem Nutzen arbeitete. Vor.: Wenn Sie befürchten, daß Sie durch Beantwortung dieses Frage sich der Verschleierung bezichtigen könnten, so haben

Sie das Recht, die Antwort zu verweigern. Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern, so etwas berichtet zu haben.

Kaufm. Dingelstedt: Er sei der kaufmännische Leiter des Memeler Werkes gewesen, das im Jahre 1900 zur Hälfte abgebrannt sei. Das Werk sei unrentabel gewesen. Direktor Schmidt habe 1896 den Wunsch ausgedrückt, daß das Werk trotzdem 4 Prozent Dividende zahlen soll. Dies wäre aber nur durch entsprechende Umlöste der Muttergesellschaft möglich gewesen, der Memeler Aussichtsrat habe daher diesen Vorschlag abgelehnt. Vert. Aussichtsrat Kohn: Hat nicht der Rückgang des Holzhandels zur Unrentabilität des Memeler Werkes vornehmlich beigetragen? Zeuge: Allerdings. Vert.: Ist nicht gerade am Ende des vorigen Jahrhunderts der Memeler Holzhandel durch Verbindung des Memeler Hauses zurückgegangen? Zeuge: Jawohl.

Danach wird Kaufmann Vollmann als Zeuge in den Saal gerufen. Der Vorsitzende bemerkt dem Zeugen, daß er ihn unbedingt vernehmen werde. Der Zeuge befandet alsbann auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei zehn Jahre lang Prokurist der Trebertrocknungs-Gesellschaft gewesen. Er habe die Buchhalter nicht unter sich gehabt, soweit ihm bekannt, sei die Buchführung genau nach den Anweisungen des Direktors Schmidt gehoben. Die Trebertrocknungs-Anlagen erwiesen sich sehr rentabel. Auch das Bergmannsche Patent versprach hohen Gewinn. Allein infolge des eigentümlichen Mechanismus des Bergmannschen Verfahrens sei es nicht möglich gewesen, irgendwo den Vollbetrieb der Holzverkohlung zu erreichen. Direktor Schmidt habe sich deshalb das Recht ausgemacht, für Lieferung an die Tochtergesellschaften Aktien dieser Gesellschaften als Zahlung zu erhalten, da er eine Fusion aller Tochtergesellschaften plante, um alsbann einen Trust sämtlicher europäischer Holzverkohlungsfabriken herzustellen. Wäre dies gelungen, dann wäre es selbstverständlich möglich gewesen, den Marktpreis, der infolge der gegen seitigen Unterbindung der Konkurrenz sehr gebrückt war, wesentlich zu erhöhen. Die Prehangriffe betrafen eigentlich nicht das Bergmannsche Patent, sondern enthielten den Vorwurf, daß wir den Marktpreis brüden. Das war aber eine absolute Unwahrheit, wir haben im Gegenteil sehr auf Preis gebaut. Der Zeuge befandet im weiteren auf Befragen: Die Gesellschaft habe ganz besonders dadurch Verluste gehabt, da sie genötigt war, Rohmaterial, das nur zu hohen Preisen aus Amerika zu beschaffen, einzubekommen. Das Geschäft mit der Berliner Finanz- und Handelszeitung der ehemalige Bankier Hugo Loewy stand. Zeuge: Das habe ich später gehört. Vor.: War Ihnen bekannt, daß Loewy bereits mit Buchhaus bestraft ist. Zeuge: Direktor Schmidt sagte mir, Loewy sei 1892 mit seinem Geschäft in Berlin zusammengebrochen und sei unvorhersehbarer Geschäftsführung wegen zu Gefängnis verurteilt worden. Vor.: In der Bilanz wurde nun anstatt Hugo Loewy der Credit Lyonnais in Brüssel als Wechselschuldner ausgeführt? Zeuge: Jawohl; da sich der Credit Lyonnais zum Vorläufer hergab, so nahm ich an, daß zwischen diesem und der Berliner Finanz- und Handelszeitung eine Verbindung bestand. Vor.: Die Vorschreibung des Credit Lyonnais geschah, da Direktor Schmidt bestreitete, wenn die Berliner Finanz- und Handelszeitung als Wechselschuldner in der Bilanz stände, könnte die Saldierungsstelle der Berliner Börse die Neuemission der jungen Aktien zurückweisen. Zeuge: Das ist möglich. — Vor.: Die Saldierungsstelle der Berliner Börse hat es auch einmal getadelt, daß die Trebergesellschaft zu viel Tochter-Aktien in ihrem Portefeuille hatte? Zeuge: Jawohl. Vor.: Dies gab dem Direktor Schmidt Veranlassung, einen großen Posten von Tochter-Aktien zu verkaufen, weil er befürchtete, die Neuemission könnte an der Berliner Börse zurückgewiesen werden. Zeuge: Das allein hat wohl Direktor Schmidt nicht veranlaßt, Tochteraktien zu verkaufen. Vor.: Hatte der Aussichtsrat in den Generalversammlungen die Mehrheit? Zeuge: Jawohl, der Aussichtsrat und einige diesem befreundete Großaktionäre hatten die Mehrheit.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausgingen, und die ich nur, ohne weiteres Durchlesen, mit meiner Prokura-Unterschrift verschenkte habe. Es waren das Briefe, für die ich keinelei Verantwortung übernahm. Vert.: Sie gewannen Ende 1899 die Überzeugung, daß die Gesellschaft einer Konsolidierung bedürfe? Zeuge: Jawohl. Vor.: Sind Sie der Meinung, daß dies auch den Aussichtsratsmitgliedern bekannt war? Zeuge: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vor.: War denn Direktor Schmidt von der Rentabilität des Bergmannschen Patents überzeugt? Zeuge: Es hatte nicht den Anschein, genau kann ich das aber nicht sagen.

Vor.: Sie haben Ende 1899 auf Anfrage eines Aktionärs geantwortet: Die Geschäftslage der Gesellschaft ist eine durchaus günstige, es liegt daher nicht der mindeste Grund zu einem Kurzrückgang der Aktien vor. Dieser Brief ist von Ihnen unterschrieben? Zeuge: Das ist einer von den Hunderten von Briefen, die täglich hinausging

Telephon 5153.

Telephon 5153.

Gasthaus Stadt Gotha

Große Fleischergasse 14.

Nächsten Sonntag: **Grosses Bockbierfest**
verbunden mit musikalischer Unterhaltung und Humor.
Bockbier hochsein. — Bockmühlen gratis.
Ergebnis liefert ein Rich. Beyer.

Coburger Hof.

Teleph. I. 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I. 488.
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten
zur geselligen Begegnung. Feine Böschalt-Siegelbahn. Billard.
Empfehle vielen guten preiswerten Mittagstisch. Inkl. Bier 50 Pf.
Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Alte Bierse.
50 gute Bierse zu soliden Preisen. Hochachtend Kannegiesser.

Bürgergarten Brüderstr. No. 11

(Inh.: Max Trents)

Gesellschaftssaal
empfiehlt vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen.
ff. Lager- und Bäuerlich Bier, Dönnitzer Gose ic.
Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapzlerer.

Restaurant E. Stöcklein Johannisgasse 23

empfiehlt Freunden und Bekannten seine freundlichen Lokalitäten.
Arzt. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. ff. Lagerbier von Gebr. Ulrich, Görlitz.
Jeden Sonnabend Schweinsknöchen.

Gold. Hufeisen II. Altensteiner Höhle

Leipzig, Brühl 11

Feenfeste elektrische Beleuchtung.

Grosse Kapuziner-Bock-Bier-Feste

Es lädt ergebnist ein [727] Louis Starke.

Seeburgstrasse 23.

Von Freitag den 7. bis Montag den 10. Februar Grosses Bockbierfest mit musikalischer Unterhaltung. Es lädt freundlich ein [1175] Der freundliche Wirt Fritz Kopisch.

Restaurant Weberburg 2 Webergasse 2

Inh.: Oswald Kirsch.
Sonnabend, Sonntag u. Montag, den 8., 9. u. 10. Febr.

Grosses Bockbierfest

mit musikal. Unterhaltung. ff. Bockwürste. [1180] Bierse gratis.

Iermann Ulber, Restaurant, Webergasse, Ecke Sternwartenstr.

Sonnabend den 8., Sonntag den 9. und Montag den 10. Februar Grosses Bockbierfest mit musikalischer Unterhaltung. ff. Bockwürstchen. Es lädt freundlich ein [1155] Der Ulige.

Stadt Coburg, Sternwartenstr. 23.

Sonnabend u. Sonntag Bockbier-Fest. [1100] G. Lindner.

Restaurant Sternschuppe.

1156) Sternwartenstrasse 49.
Sonnabend den 8. und Sonntag den 9. Februar.

Grosses Bockbierfest

verbunden mit musikalischen Aufführungen. Echt Naumannscher Bock. Es lädt freundlich ein Robert Bergmann.

Neu! I. Berliner Neu!

Ranstädt. Steinweg 5.
Sonnabend u. folgende Tage Bockbier-Fest.

Zum gemütlichen Ritter

Glockenstr. 4 früher Jägers Restauration Glockenstr. 4.

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine neu renovierten Lokalitäten zur gesell. Begegnung.

Mittagstisch inkl. Bier 50 Pf. Große Auswahl in Speisen. Jeden Sonnabend Schweinsknöchen. Ergebnis liefert ein [1157]

G. Jähnig, früher Noz. u. Altenberger Str. Ecke.

Sonnabend u. Sonntag

Grosses Bockbier-Fest.**Restaurant zur Glocke, Glockenstr. 7.****Heute Grosses Bockbierfest**

mit humoristischer Unterhaltung. Biere, wie alt bekannt, gut gepflegt. Kräftiger Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinsknöchen. Ergebnis liefert ein [1157]

G. Jähnig, früher Noz. u. Altenberger Str. Ecke.

Sonnabend u. Sonntag

Grosse Bockbierfeste

Ergebnis liefert ein Hermann Meinhold.

Restaurant Körnerschlösschen

Körnerstrasse 36. Empfiehlt ff. Bierse, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknöchen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

Ich empfehle als besonders nährkräftiges tägliches Getränk an Stelle des Stresses meinen anerkannt vorzüglichsten, wohlgeschmeckenden, garantierter reiner

Cacao à Pfd. 1.20 Mk.

Der Preis für 1 Tasse stellt sich auf 1/10 Pfd.)

Gaukler-Cacao, garantiert rein, sehr ergiebig, à Pfd. 1.40 Mk.

Apolonat-Cacao, sehr ergiebig u. wohl-

schmeckend, à Pfd. 1.60 Mk.

Hausbalt-Cacao, sehr ergiebig u. seines

Aroma, à Pfd. 1.80 Mk.

Filzstein-Cacao, für Feinschmecker à Pfd.

2 - Mit. [511]

Ferner empfiehle ich für Blutarme,

Nervenschwäche, Brust- und Magen-

eldeinde, Kinder und Rekonvalescenten:

Dr. Lehmanns u. Biss-Nährsalzepoao,

Tropo- und Plasmon-Cacao

Kasseler Hasencacao,

Eben- und Kräutcacao, Edelscacao,

Akkumul-Cacao ic. zu Fabrikpreisen.

Es lädt freundlich ein.

2. Beilage zu Nr. 31 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. Februar 1902.

Sächsischer Landtag.

a. Dresden, 6. Februar.

88. Sitzung der Zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Die pensionierten Justizbeamten beziehentlich deren Witwen ersuchen durch den Amtsgerichtsrichter Kroder in Tharandt und Genossen um Ausrechnung eines angemessenen Betrags des Wertes freier Dienstwohnung als pensionsberechtigtes Einkommen. Die Beschwerde- und Petitions-Deputation beantragt durch den Abg. Bimpe, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Die Zweite Kammer beschließt demgemäß.

Das gleiche Schicksal teilt die Petition des Herrn F. W. May in Neustadt um Gewährung einer Entschädigung.

Damit ist die Tagesordnung der etwa fünf Minuten währenden Sitzung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag den 7. Februar, Tagesordnung: Titel 51 des außerordentlichen Staatshaushaltsets, Bau der normalspurigen Nebenbahn durch das Chemnitzthal betreffend. (Indemnitätsgesuch der Regierung.)

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Indemnität. — Ministerkrisis. Aus Dresden wird uns telefonisch mitgeteilt:

Die Regierung scheint nachträglich über die Stellung des Indemnitätsgesuches Neu zu empfinden. Minister von Mehlisch ließ gestern abend dem Präsidium der Zweiten Kammer mitteilen, die Regierung werde heute in der Kammer eine Erklärung abgeben. Heute fanden Verhandlungen zwischen Regierung und dem Präsidium der Zweiten Kammer statt. Infolgedessen fing die Sitzung statt um 10 Uhr erst 1/2 Uhr an. Herr v. Mehlisch erklärte, daß die Regierung sich über das Gesuch um Indemnität erst schlüssig machen wolle. Sie könne sich nicht binden in dem Sinne, daß bei Überzeichnungen des Staats die Arbeiten unterbrochen würden. Die beiden Fraktionsführer Opitz und Schill erklärten: Sie blieben auch jetzt auf dem Standpunkt der Deputation stehen. Abg. Stöckel-Dresden (cons.) sagte: Wenn so etwas im gewöhnlichen Leben vorkommt, daß einem gesagt wird, Du hast unser Vertrauen nicht mehr, dann zieht man sich die Hand und sagt Lebwohl. Er hoffe, daß er deutlich genug gewesen sei, um allenhalten verstanden zu werden. Diese Worte riefen großen Beifall hervor. Der Gegenstand wurde vertagt.

Es steht also nun mehr fest, daß die Anklage des Finanzministers gezahlt sind.

All eine Liebesgabe, wie sie auch in der Zeit der agrarischen Liebesgaben ganz einzige sein dürfte, stellt sich die Aufhebung der Grundsteuer dar. Und daß der Erfolg der Grundsteuer ein Geschenk an die Agrarier ist, dessen ist sich sogar die sächsische Regierung bewußt. Noch 1895 schrieb die Königliche Leipziger Zeitung:

Die Grundsteuerbelastung ist ein Moment, mit dem ein jeder Erwerber eines Grundstücks rechnet und das er in Betracht zieht bei dem Preise, den er für das Grundstück bietet und anlegt. So holt, diesen Besitzer eine Grundstelle trifft, während deren Besitz sie neu eingeführt wird, so wenig hart trifft sie die späteren Besitzer, denn diese haben die Grundstücken, soweit sie durch die Grundsteuer in Anspruch genommen werden, den Vorbesitzern an dem Preise gefügt, den sie für das Grundstück ihnen zahlten. . . . Kommen sie also an den Staat mit der Forderung heran, die Grundsteuer aufzuheben, so verlangen sie damit vom Staat, daß dieser aus dem idealen Grundstücksteile, auf dem die Grundsteuer für ihn als Reallast haftet, welche solle; sie verlangen, daß ein Grundstücksteil mit seinen Ressourcen ihnen als freies Eigentum überwiesen werde, den sie bei Erwerbung des Grundstücks, bei Nicht befreien, gar nicht erworbene haben; sie verlangen, kurz gesagt, ein Geschenk aus Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler.

Da jede Opposition im sächsischen Landtag mundtot gemacht worden ist, so wurde nicht einmal die Frage aufgeworfen, ob nicht der Erfolg der Grundsteuer die Grundbesitzer zur Zahlung des kapitalistischen Beitrages der Steuer an den Staat verpflichtete. Nach Angabe der Agrarier verzinst sich das in der Landwirtschaft steckende Kapital mit 2 Prozent. Der kapitalistische Beitrag der aufgegebenen Grundsteuer beträgt demnach rund 100 Millionen. Hundert Millionen, so bemerkte der Vorwärts, müßten die sächsischen Agrarier in die sächsische Staatskasse zahlen, wenn die Politik durch Recht und Gerechtigkeit, und nicht durch Machtfragen bestimmt würde.

Trotz dieser Steuerflucht der Agrarier sollen ihre aus der Grundsteuer hergeleiteten Privilegien bei den Wahlen vorläufig weiter bestehen. Man sieht, agrarisch ist Trumpf in Sachsen. Hier blüht den Agrarier Steuerbefreiung und Schutz seiner Privilegien, Vorteile, denen sich bisher nur die Fürsten erfreuten.

Die Orthodoxie und die Leichenverbrennung. Die Cheminier Konferenz, eine Vereinigung von orthodoxen Theologen lutherischer Richtung, hat nach einem Referat des P. Schüttelhof aus Konstanz über die Frage der Beteiligung der Kirche bei Überführung zur Leichenverbrennung folgende, die finstere Gesinnung mancher theologischen Kreise charakterisierende Erklärung angenommen:

Wir stehen und fallen mit Gottes Wort als Glieder der christlichen Kirche. Darum bekämpfen wir den Leichenbrand, der ein Eingriff in das Recht ist, welches unserem Gott als unserem Schöpfer, Erlöser und Vollender über unseren Leib allein zusteht. Denn die Schrift bezeugt, daß wir im Leben und Sterben nicht unser selbst, sondern unser Gottes sind. So steht uns als Gottes Kinderlein kein freies Verfügungssrecht über unseren Leib zu, noch auch ein Recht, unserer Leichnam willkürlich zu vergewaltigen, weder durch Hemmung noch Beschränkung seiner Auflösung. Vielmehr ist es seit dem Sündenfall Gottes Wille und Ordnung, daß unser Leichnam der Erde übergeben wird, davon er genommen ist, bis daß er wieder zur Erde werde. Eine Vergegenständigung ist eine Leichenschändung oder schlicht die Gefahr der Schändung in sich, wie das Gebaren mit den Wüsten beweist. Die Märtyrer haben die Verbrennung nicht gewählt, sondern erlitzen, und zwar als Strafe und Schändung seitens ihrer Feinde."

Die Orthodoxen leben also mit ihrer ganzen Denkweise noch in der „Zeit des Sündenfalls“. Glücklicherweise fängt es auch in der sächsischen Geistlichkeit an zu tagen. Auch in den Kreisen der Geistlichkeit dringt immer mehr die Überzeugung durch, daß die Bewegung für die Leichenverbrennung für die Dauer nicht zu hemmen ist.

Strafverfahren gegen die Dresdener Journalisten. Die Berliner Morgenpost schreibt:

Vorläufig hatte die Dresdener Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Verfolgung der von der Dresdener Kreditanstalt bestochenen Journalisten abgelehnt. Wir haben sofort entschieden gegen die Begründung der Staatsanwaltschaft Stellung genommen, und unsere Ausführungen schellen auf die höheren sächsischen Justizbehörden nicht ohne Einsturz geblieben zu sein. Dem früheren Antragsteller ist jetzt folgender Bescheid zugegangen:

Hierdurch wird Ihnen bekannt gegeben, daß das Königliche Justizministerium den staatsanwaltschaftlichen Einfühlungsbeschluß vom 22. Oktober 1901 aufgehoben und die Fortsetzung des Strafverfahrens gegen die Redakteure angeordnet hat.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht.

(gez.) Dr. Bähr.

Hoffentlich wird man diesmal nicht wieder auf die Aussagen des Prokurraten hört, daß Gewalt legen, sondern ihn im Gegenteil in die Untersuchung einzubeziehen, da er ja selbst zugestanden hat, die Vergütungen an die Presse ausgezahlt zu haben.

Man darf nun gespannt sein, was aus der Untersuchung herauskommen wird.

k. Das Landesversicherungsamt für das Königreich Sachsen hat soeben seinen Geschäftsbericht auf das Jahr 1901 eröffnet lassen. Soweit dessen Thätigkeit als Aufsichtsbehörde der Berufsgenossenschaften, die in Sachsen ihren Sitz haben, in Frage kommt, wird berichtet, daß es über 44 gegen die Genossenschaften eingereichte Beschwerden zu entscheiden hatte. Hiervon wurden 34 abgewiesen, 6 für beachtlich gefunden und 4 erledigten sich auf andere Weise. Im weiteren wird erwähnt, daß das Amt infolge der Aenderung der Unfallversicherungsgesetze den Entwurf der Aenderung des sächsischen Gesetzes vom 22. März 1888, betr. die Kranken- und Unfallversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen vorzubereiten hatte, der augenblicklich den Ständedammern vorliegt. Auch bei der nötigen Aenderung der Statuten der Textil- und Holzberufsgenossenschaft war das Amt beteiligt.

Hinsichtlich der Invalidenversicherung hat das Amt eine Erweiterung seines Wirkungsbereiches dadurch erhalten, daß es die Aufsichtsführung über die neuerrichteten Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung übertragen erhalten hat. Zu den Beschwerden über die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen wird berichtet, daß sich die mannsfachen Eingaben als unbegründet herausstellten. Ein großer Teil dieser Beschwerden richtete sich dagegen, daß es der Vorstand der Versicherungsanstalt abgelehnt hatte, in eine neue Prüfung der schon unter der Herrschaft des alten Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes endgültig abgelehnten Rentenanträge einzutreten.

Schließlich wird noch bemerkt, daß sich seit dem Bestehen der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die Anfertigungen der Urteile durch die Berufsgenossenschaften stark vermehrt haben. Das sei früher nur vereinzelt vorgekommen. Von unserem Standpunkt aus ist das ein kleiner Lob der Schiedsgerichte.

Möhlis, 6. Februar. Die heisige Schuhmacher-Zwangszinnung hat, wie bereits gemeldet, in einer außerordentlichen Generalsammlung ihre Auflösung beschlossen. Von 67 anwesenden Mitgliedern der Zinnung stimmten nicht weniger als 66 für die Auflösung. Die Zinnung wurde erst im Sommer 1900 errichtet, doch schon diese Zeit hat, wie das Freiburger Wochenblatt bemerkt, genügt, die Zwangszinnung nicht als einen Segen empfinden zu lassen, sondern mehr als eine Last, die Zeit- und Geldosten verursacht. Der Antragsteller begründete in längerer Rede seinen Antrag besonders auch durch den Hinweis auf die fröhliche Lage des Schuhmacherhandwerks. Wenn man bedenke, daß der wie einheimische technische Fortschritt stets nur vom Fabrikanten und vom Großkapital ausgenutzt werden könnte, niemals aber vom weniger kapitalistischen Kleinmeister, so sei eine Besserung im Schuhmacherhandwerk auch durch die Zinnung nicht mehr zu erwarten.

r. Zwickau, 6. Februar. Ein aufsehenerregender Kurzprozeß stand heute vor dem heisigen Landgericht statt. Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, wurde im November 1901 in Thurn bei Zwickau plötzlich durch einen Zusatz entdeckt, daß die Leiche einer Frau Pöker in unmenschlicher Weise verstimmt war. Die Eingeweihte waren herausgefunden und der Leib mit Lumpen, Seug u. ausgeschüttet. Als dringend verdächtig, diese Unrat ausgeführt zu haben, wurde der Naturheilkundige J. B. Trox aus Wilsen St. Jacob verhaftet. Dieser war auch verdächtig, den Tod eines Webermeisters Müller in Wilsen durch Kurpfuscherei und falsche Behandlung verschuldet zu haben. Die Leichenschändung war jedoch gestern nicht Gegenstand der Verhandlung, da in dieser Beziehung die Beweise gegen T. noch nicht genügend. Festgestellt wurde indes, daß die Frau Pöker und auch der Müller an eingeklemmtem Unterleibsbruch gelitten hatten, indes Trox die beiden Patienten mit Nicotinöl (H) umschlagen, Klüsteren (M) zt. auf — Kokit behandelt hatte! Körperlich hat er die Patienten gar nicht untersucht. Als Müller später untersucht wurde, stellte sich heraus, daß bereits Brand und Bauchfellentzündung eingetreten war. Trox ist gelernter Schneider und betreibt seit 15 Jahren den Beruf eines Naturheilkundigen in Wilsen und den umliegenden Dörfern. Zur Verhandlung waren 15 Zeugen und Verzte aus Berlin, Glauchau und Zwickau geladen. Auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme wurde die völlige Schulds des Wunderdoktors festgestellt und Trox zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Plauen, 6. Februar. Von einem Eisenbahnlukosum wird von hier berichtet: Wenn man in Plauen unterer Bahnhof eine Rückfahrtkarte nach Weißlitz kauft, zahlt man 40 Pf. Dieselbe ist zur Rückfahrt auch nach dem oberen Bahnhof Plauen gültig. Will man aber bloß von Weißlitz nach ob. Bahnhof Plauen fahren, so kostet die einfache Fahrkarte auch 40 Pf.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Seinem Transporteur entspang auf dem oberen Bahnhof in Neichenbach ein zu 7 Jahren Buchhaus verurteilter Straftäter, der zu einer Gerichtsverhandlung nach Stuttgart transportiert worden war und jetzt zurück nach Waldheim gebracht wurde. Der Flüchtling, Namens Hennicke, nach Dresden zuständig, ist aber anderthalb Tage wieder in Greiz festgenommen worden. — Von einem Stroh aufgefallen wurde dieser Tage früh in der 6. Stunde in Reichenbach eine Arbeiterin auf dem Wege zur Fabrik. Auf ihre Hilferufe ließ aber der Mensch, der sie niederrütteln wollte, von ihr ab und entfernte sich eiligst. — Drei Lehrlinge aus Göhritz bei Merseburg, die in der Absicht, mit den Büren zu kämpfen, unter Mithilfe einer

400 M. enthaltenden Kassette seit Sonntag abend verschwunden waren, sind am Mittwoch in München verhaftet worden.

s. b. Gera, 7. Februar. (Privattelegramm.) In Heinrichsdorf bei Lobenstein wurden durch Großfeuer fünf Gebäude eingeschossen. Sechs Familien sind obdachlos. Der Brandstifter, ein alter, gelässig schwächer Mann, hat den Tod in den Flammen gesunden. Sein verlohrter Leichnam wurde unter den Trümmern hervorgezogen.

g. Halle a. S., 6. Februar. Zur Verjährung in Preßhausen. Ein Urteil, das zu unabsehbaren Konsequenzen bezüglich der Verjährungsfrist in Preßhausen führen kann, fällt die heutige Strafzimmersitzung auf die Direktion des Oberlandesgerichts Naumburg nach langer Beratung in der Privatbeleidigungsschlage des Privatiers Ladislau v. Polorny in London gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Strien von hier. Es handelt sich um den schon mehrfach vor Gericht durchgekommenen Artikel des verstorbenen Professors Dr. theol. Beyschlag, der im Dezemberfest der Deutsch-evangelischen Blätter von 1898 veröffentlicht worden ist. Anklagend an die viel erörterte Heiratsangelegenheit des Grafen Paul v. Hoensbroch wurde über das dabei vom jetzigen Privatläger als Heiratsvermittler betriebene Verfahren scharfe Kritik geübt mit den Aneindungen, wonach Graf Hoensbroch, der 18 Jahre dem Jesuitenorden angehört habe, das Opfer einer Intrige gewesen sei u. c. Gegen Professor Willibald Beyschlag wurde das Verfahren seiner Zeit eingestellt, weil Verjährung vorlag. Vom heisigen Schöffengericht war am 18. Februar v. Js. die Strafverfolgung Striens für ungültig erklärt worden, weil ebenfalls Verjährung eingetreten sei. Die erwähnte verlobliche Druckschrift ist am 1. Dezember 1898 erschienen, die Privatlage gegen Strien aber erst am 23. Dezember 1899 hier eingegangen. Die Verfassung v. Polornys wurde als unbegründet verworfen, da bekanntlich Preßhausen in sechs Monaten verjähren. Auf eingelegte Revision bei dem Oberlandesgericht in Naumburg war das Rechtsmittel damals als begründet erachtet worden, weil betreffs Verbreitung einer periodischen Druckschrift deren lehre Veröffentlichung für die Verjährung als maßgebend in Betracht komme. Es wurde mit ins Feld geführt, daß der frühere Bevollmächtigte des Privatlägers, Rechtsanwalt Dr. Lüders in Berlin, am 27. Juni 1899 noch einige Exemplare erwähnter Schrift besorgt habe und der Privatläger diesen Umstand nicht für sich geltend machen könne, um sich auf Nichtverjährung zu berufen. Auf die wiederum eingelegte Revision bei dem Oberlandesgericht in Naumburg wurde die Sache nochmals an die heisige Instanz zurückverwiesen, da die Verjährungsfrist nicht nach dem ersten Tage des Erscheinens einer Druckschrift zu berechnen sei. Es müsse geprüft werden, ob der Verleger Strien das Bewußtsein gehabt, daß er mit der nachträglichen Verwendung und Verbreitung an Dr. Lüders eine Bekämpfung begegne. Rechtsanwalt Dr. Lüders hat ausgefragt, daß er sich die Druckschrift nicht im Interesse v. Polornys, sondern in seinem eigenen Interesse habe kommen lassen. Er habe einen Auszug der Druckschrift in der Post gelesen und dann die Druckschrift, um den ganzen Inhalt kennen zu lernen, bestellt. Er habe nicht im Auftrage v. Polornys gehandelt. Das Gericht verurteilte heute den Verleger Strien zu 3 Mr. event. 1 Tag Haft und sprach dem Verleger Publikationsbefreiung zu. In der Urteilsbegründung wurde wiederholt ausgeführt, daß der Einwand gegen die Verjährung sehr zweifelhaft sei und daß man über die Verjährungsfrist verschiedener Meinung sein könne. Das Gericht habe aber heute die Überzeugung gewonnen, daß die Sache nicht verjährt sei, und angenommen, daß v. Polorny erst im November von dem Inhalt der Druckschrift Kenntnis bekommen habe. Es habe aber keine Veranlassung vorgelegen, über das niedrigste Strafmahl hinauszugehen.

st. Aus Sachsen-Weimar, 6. Februar. Im weimarschen Landtag haben unsere Genossen zwei Anträge eingereicht. Der erste, der bereits zur ersten Sitzung stand, handelt von einer Änderung der Geschäftsordnung. Nach der jetzt geltenden Geschäftsordnung kann eine Besprechung über die von der Regierung gegebene Antwort auf Interpellationen nicht stattfinden. Der Antrag beweist nun, daß, wie in den meisten deutschen Landtagen, auch hier eine Besprechung stattfinden kann. Der Abg. Reichmuth, sowie der Abg. v. Voynburg sprachen sich entschieden gegen diesen Antrag aus. Letzterer motivierte seinen Standpunkt damit, daß dann die Linken zu großen Stellen halten würden. Die Regierung schwieg sich aus, während außer dem Freisinn sich noch einige Agrarier und Nationalliberalen für den Antrag aussprachen. Der zweite Antrag bezweckt die Aufhebung des Sabbatmandates vom 11. November 1755, welches nach gerichtlichen Urteilen im Großherzogtum noch Rechtskraft hat und in letzter Zeit mehrfache Anwendung, die weit über den Rahmen der Gewerbeordnung und der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe hinausgehen, gefunden hat.

Gerichtssaal.

Oberelsa, 6. Februar. Im Militärkriegsrechtsprozeß wurde heute das Urteil gesprochen. Baumann wurde zu zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis sowie fünf Jahren Erwerbslust unter Abrechnung von 1½ Jahren Untersuchungshaft verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Baumann zwei Jahre Gefängnis unter Abrechnung von einem Jahr der Untersuchungshaft, gegen die übrigen Angeklagten Freispruch beantragt. Dr. Schimmel war im Laufe der heutigen Verhandlung von den als Sachverständigen geladenen Ärzten das Zeugnis eines tüchtigen Arztes ausgestellt worden.

Die Verurteilung Baumanns erfolgte wegen der im ersten Prozeß bewiesenen beiden Freimachungen. In beiden Fällen waren die Freigemachten damals verurteilt worden, nämlich Garschagen, der vorgegeben hatte, einen Unterleibsbruch zu haben, und Hufschmidt, der nach dem Empfangen von Pillen einen Herzfehler vorspielte. In dem heutigen Urteil wird ausgeführt, daß weder ein Vergehen gegen § 143 des Strafgesetzbuches noch Betrug vorliege.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung
neuer Abonnenten!

Stötteritz, zur guten Quelle.

Sonnabend den 8. Februar
Bockbier-Fest mit Freikonzert.
Bockwürstchen. Bockwürstchen.
Bockmützen und Rettich gratis.
Hierzu lädt freundlich ein
W. Hornauer.

Schönefeld.



Restaurant zur Alten Post.

Morgen Sonnabend und folgende Tage [1165]

Grosses Bockbierfest.

ff. Bockwürstchen. Rettich gratis. Robert Bruhholz.

Restaurant zur Burg, Schönefeld.

Sonnabend den 8. und Sonntag den 9. Febr. — NB! Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Küche in bekannter Güte. — Rettich gratis.

Es lädt freundlich ein Karl Wolf.

Frankes Salon, Schönefeld.

Morgen Sonnabend abends 8^{1/2} Uhr

Leipziger Sänger aus dem Kristallpalast



Bischoff, Seldel, Klein, Jentzsch, Schmidt, Schewitzer, Metz und A. Lewrig.

Grossartiges neues Programm!

Sängerarten gültig.

Gohlis. Restaurant zum Geisberg. Gohlis.

Sonnabend, Sonntag und folgende Tage

Grosses Bock-Bier-Fest

verbunden mit humoristischem Konzert.

ff. Bockwürste. Mützen u. Rettich gratis. ff. Bockwürste.

Gustav Müller.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis

Märkische Str. 2, Breitenfelder Str.

Inh.: Hermann Schlegel.

Empföhle meine freundlichen Lokalitäten. Mittagsbisch., ff. Räuchschnack, Lagerbier, Dönnitzer Gose, Pehbräu. Jeden Sonnabend Schweinsbraten, Sonntags Specklunchen.

[1400]

Restaurant Louis Pitzschler, Eutritzschi, Str. 166.

Sonnabend den 8. Februar Pfannkuchenschmaus

mit Konzert.

Ansicht des hochfeinen Cossitzer Bockbieres.

ff. Bockwürstchen. Mützen und Rettich gratis.

D. O.

Hierzu lädt ergebnist ein

Wer hustet da?

Der nehm sofort die echt russischen Knöterich-Bombons, & Ventel 25 g, 5 Ventel

1.—. Garantiert echt russ. Knöterich-

Thee, & Pat. 100 gr 50 g. Knöterich-Saft, wohlsamtes Lösungs- und

Abreinigungsmittel, besonders auch bei Sitz- und Kreuzhusten der Kinder, & fl. 60 g. Knöterich-Honig, der belie Brusthonig, ein unübertragliches

Räucher- u. Kräftigungsmittel, 1/2 Psd.-G. 1.—. Allein echt zu haben:

Sanitäts-Bazar „Dabryia“, Rathausring 1, I. (an der Wartehalle Königspalast). Filialen: Gohlis, Volkmardorf, Plagwitz (Westendhalle), Lindenau (Lindenbad)

1286] Hierzu lädt ergebnist ein

Konkurs-Waren-Ausverkauf**Max Scholzschen Konkursmasse**

und anderer Waren

44 Petersstrasse 44.

Zum Verkauf gelangen in einzelnen und ganzen Partien: Teppiche, Portiere, Steppdecken,

Schlafdecken, Reisedecken, Linoleum, Läuferstoffe, Bettvorleger, alte Sorten Felle,

Stores, Tischdecken.

Der Verkauf findet statt von vormittags 9 bis 1 Uhr und von 1/2 bis 8 Uhr abends.

Umtausch findet nicht statt, Verkauf nur gegen Bar.

Best. z. Al. Europäischen

Plagwitz, Elisabethallee 40.

Freitag, Sonnabend und Sonntag

Bockbier-Feste.

Ergebnist August Rau.

Restaurant Bayerischer Hof

Plagwitz, Wühlenstr. 10.

Sonnabend u. Sonntag Grosses

Bockbierfest mit Bock-Konzert u.

frischer Bekleidung, Bockmützen u. Bock-

rettich gratis. Es lädt ergebnist ein

1190] Karl Schlitz.

Jeden Freitag: Schlachtfest

Robert Funke, Lindenau

Ede Gundorfer u. Weitnerstr.

Speisekartoffeln

mehrere u. wohlsmendig, 7 Psd. 16 Psd.

& Cr. 1.90 M. Gohlis, Blumenstr. 122.

Speisekartoffeln

mehrere u. wohlsmendig, 7 Psd. 15 Psd.

& Cr. 1.80 M. Volkmardorf, Ewaldstr. 30.

Mehlreiche Speisekartoffeln

10 Psd. 25 Psd. Mege 15 Psd. empföhlt

Rob. Höppner, Lindenau, Kästleinstr. 87.

22 Achtung! 22

Mindl. 55-05, Hammelsl. 55-05, Kalbsl.

55-60, Schweinef. 65, Röhlinsen 110 Psd.

22 Markthallenstand 22

Frischen Schellfisch, Gablau

Bratwolle, Eisbärfleisch

Junge fette Enten

Koch- und Brathähnner

Robert Funke, Lindenau

Ede Gundorfer u. Weitnerstr.

Hofstelle: Landauer Thor—Deutsch-

Bayerischer Bahnhof—Neupf.

[1194]

Ernst Zeugner, Renditz, Kreuzstr. 31

empf. fr. Hasen- u. Gänseklein, Gänsefleisch,

puflow., Hirschfleischfleisch, Bild. 30 Psd.

Frischen Schellfisch, Seelachs, Blöge

Gablau, Schollen, Blöge

Herrings-Räucherei, Vo., Eisenbahnhst. 115 B.

Frischen Schellfisch, Seelachs ic.

38 Kirschbergstrasse 38, Möckern.

Fahrradmäntel

von 1.50 M. an verkauft

Hermann Wrück

Sternwartenstr. 44.

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögl.

Ölg. 2-0 Psd., Dhd. 2-0 M., hoch,

Sommerribl., 5 Psd. 1.10 M., Cr. 19 M.

alle Sorten pr. Vogelkutter, ital. Goldfische

10 Psd. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Bein- Haut-

Geschlechtsleiden

ohne Verküstirung, gewissenhaft, direkt

Schmidt, Königsviertl. 4, II. 9-1; 6-8.

Tanz- Unterrichterteilt, jeder

Tageszeit, auch Sonntags

Herrn. Papst, Braufl. 25

Walter Lehre i. 2 Stund.

gründlich. Extraturkus für Contra findet

jeden Mittwoch statt.

7. Februar

1002.

Jede Hausfrau verlange

„MOHRA“ BUTTER.

einzig bester und billigster Ersatz für

„MOHRA“ BUTTER.

3. Beilage zu Nr. 31 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. Februar 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Strafgefangener berücksichtigt werden. Was Bredenbeck betrifft, so wäre derselbe, als er auf Anordnung der Darmstädter Polizeibehörde gefesselt worden sei, Strafgefangener, nicht aber Untersuchungsgefangener gewesen. Am übrigen habe die genannte Polizeibehörde die vom Ministerium des Innern erlassenen Vorschriften, wonach die Fesselung Gefangener nur wegen Fluchtverdachts zulässig sei, nicht berücksichtigt und habe ihr Vorgehen die strengste Missbilligung des Ministerium gefunden.

Abg. Vedebour (Soz.) hieß es für gleichgültig, ob jemand wisslicher oder Sprekrediteur sei, die Behandlung müsse auf alle Fälle eine menschliche sein. Es seien aus dem Arbeiterstande schon recht tüchtige Redakteure und Parlamentarier hervorgegangen. Bedauerlich sei, daß Standes- und Vermögensverhältnisse bei der Behandlung politischer Gefangener irgend welche Berücksichtigung fänden. Den Arbeiter-Redakteuren verweigere man die Selbstbeschäftigung während ihrer Haft, während man sie den sogenannten „gebildeten“ Redakteuren gestatte. Alle diese Maßstäbe forderten gebieterisch den baldigen Erlass eines Reichsstrafvollzugsgesetzes.

Abg. Müller-Meiningen (freis. Bp.) schließt sich dem an. Der Erlass eines Gesetzes, den Strafvollzug betreffend, sei eine der ältesten Forderungen des Reichstags. Im Karmosensprozeß habe man nichts von Anlegung von Fesseln gehabt.

Abg. Veniamann (freis. Bp.) hält den der Darmstädter Polizeibehörde seitens des Ministeriums erteilten Verweis nicht für genügend, um solche Wirkungen, welche aufreizend auf die Bevölkerung wirken, zu verhindern. Dem Freiheitlichen b. Hammerstein habe man gestattet, als Zuchthausgefangener in Civilliedern vor Gericht als Zeuge zu erscheinen, ohne daß man ihm Fesseln angelegt hätte. Einen Antrag, Bredenbeck in einem Wagen zu transportieren, statt ihn gefesselt durch die Straßen zu führen, habe man aber abgelehnt.

Abg. Hagemayer (cons.) vertritt die Ansicht, daß der Fall Bredenbeck nicht vor den Reichstag gehöre, da es sich hier um eine preußische Verwaltungsmafregel handle, welche der Reichstag nicht zuständig sei.

Nachdem Abg. Thiele (Soz.) dieser Ansicht entgegentreten, beschloß die Kommission, die vorliegenden Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und daran die Aufforderung zu knüpfen, dem Reichstage baldigst den Entwurf eines Strafvollzugs-gesetzes zugehen zu lassen.

Die Reichstagswahl für den verstorbenen Abgeordneten Grafen v. Klinkowström im Wahlkreise Rostenburg-Gerbouen-Friedland findet nach Königberger Meldungen am 18. März statt. Von konservativer Seite ist als Kandidat der Landtagsabgeordnete v. Pressentin, genannt v. Rauter, in Aussicht genommen.

Gehlenkampff und gebredenbeck wurde der Freiheitlichen Zeitung zufolge ein Kommiss St. in Bremen. Er hatte an der Kasse der Reichsbank bei Einlösung eines Checks 1000 M. zu viel erhalten und brachte auch, sobald er den Betrag bemerkte, das Geld wieder zurück. Dem Kassierer der Reichsbank fehlte aber am Abend beim Kassensturz noch ein Tausendmarkschein. St. wurde verdächtigt, 2000 M. zu viel erhalten und einen Tausendmarkschein zurückzuhalten zu haben. Trotz Beteuerung seiner Unschuld und Angebot von Kavution von jeder Höhe seitens des Prinzips wurde St. gefesselt über die Straße ins Gefängnis geführt. Vom Sonnabend morgen bis Montag vormittag ist St. eingesperrt gewesen. Die Freima. C. U. hat dem jungen Mann vor der Deputiertenleistung ein Vertrauensvolum erteilt, indem sie dessen Ernennung zum Prokuristen veröffentlichte.

Die Landtagswahl in Nürnberg ist von der bayerischen Regierung auf Donnerstag den 20. März anberaumt worden.

Der bisherige Landtagsabgeordnete Scherzer teilt der Frankfurter Zeitung berichtigend mit, daß er wohl aus dem sozialdemokratischen Verein Nürnberg ausgetreten sei, daß er sich aber nach wie vor als zur sozialdemokratischen Partei gehörig betrachte.

Abg. Zur Stärkung des Deutschtums. Eine aus Breslau ausgewichene Polin aus Krakau erzählt in einem Krakauer Blatt ihre Erfahrungen in Preußen. Sie bekam den Ausweisungsbefehl, als ihr Mann — ein Schneider aus Galizien — in Breslau verstarb und sie mit 4 Kindern hinterließ. Die Frau arbeitete selbst und schlug sich kümmerlich durchs Leben. Als alle Beschwerden gegen den Ausweisungsbefehl erschöpft waren, ging die Witwe zur Polizei und teilte mit, daß zwei ihrer Kinder krank seien und sie deshalb noch nicht reisen könne. Die Polizei ließ sie mit den kranken Kindern wiederkommen,

um die Krankheit durch den Polizeiarzt feststellen zu lassen. Als sie kam, über gab man sie aber ohne weiteres einigen Polizisten, brachte sie direkt zur Bahn und transportierte die arm gelingende Frau mit ihren vier Kindern unmittelbar zur österreichischen Grenze.

Diese Erzählung wird nicht verschelen, die Sympathien für das Preußenland in Galizien zu erhöhen.

Kleine politische Nachrichten. Bei dem Berliner Tageblatt soll am 1. Oktober dieses Jahres an Stelle des Dr. Arthur Lewinsohn der Redakteur der Neuen Hamburger Zeitung Michaelis treten. Schon am 1. Mai wird er nach dem Zeitungsverlag in die Redaktion eintreten an Stelle des ausscheidenden Redakteurs Nicolai. — Der Redakteur des Holzmindener Kreisblattes Schröder wurde im Beuguldungswahlverfahren zu 60 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Bußstrafe verurteilt. Zur Erwirkung des Beugnisses wurde weiter sofortige Haft angeordnet. Es handelt sich um einen im Kreisblatt veröffentlichten Fall der Verheimlichung einer ansteckenden Krankheit. Der Redakteur verweigerte die Nennung des Verfassers jener Mitteilung. — Bei der Parlamentswahl im Wahlkreis Eastbourne-Arland, den bisher der Konservative Rentoul vertrat, der sein Mandat niedergelegt hat, wurde der Antimünsterländer Woob mit 8576 Stimmen gewählt. Auf den Konservativen Wallace entfielen 3429 Stimmen. — Der ehemalige, gegenwärtig stellunglose Gymnasiallehrer Karabadjulow, ein Makedonier, starb in Sofia in einem Wagnisunfall den Unterrichtsminister Rantschew in dessen Dienstzimmer durch zwei Revolverschläge und beging dann Selbstmord.

Franreich.

Der Barenempfangskredit und die Sozialisten. — Ein sozialistischer Wahlerfolg.

(Paris, 5. Februar.) Unlänglich des Votums über die Kredite für den Barenempfang kam es in der Deputiertenkammer zu einem scharfen Protest der antiministeriellen Sozialisten gegen die russische Allianz. Genoss Dejeante brachte namentlich der revolutionär-sozialistischen Fraktion folgende Resolution ein: „In Erwirkung, daß die Regierung die der Kammer schuldige Achtung verleiht hat, indem sie dieselbe nicht speziell über die Barenempfangskredite befragte; daß die so verausgaben einigen Millionen eine desto lädelnwertere Verschwendung bedeuten, als die Regierung für die Verbesserung der Republik (Nationalfest des 14. Juli) nur 150000 Franken ausgibt; daß jene Ausgabe eine Herausforderung des Armen bedeutet; daß die Regierung unlänglich des Beutes dieses Monarchen willkürliche Verhaftungen vorgenommen hat, — protestiert die Kammer gegen die Übergriffe der Regierung ähnlich des Barenbesuchs in Frankreich und beschließt, der Regierung die Verantwortlichkeit für die gemachten Ausgaben zu überlassen.“

Dieser Antrag wurde mit fast allen gegen bloß 33 Stimmen abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit ist wieder einmal zu konstatieren, daß die ministerfreundlichen Sozialisten auf dreifache Weise gestimmt haben. Während die 13 antiministeriellen Sozialisten geschlossen gegen die Barenempfangskredite stimmten, gaben sich ihnen aus der anderen Fraktion nur sieben Mitglieder, darunter Alleman und Vivant, zu, 19 enthielten sich der Abstimmung und 4, darunter natürlich Millerand, stimmten für die Barenkredite. Das Manifest des Generalkomitees, welches den sozialistischen Teilnehmern an dem Barenempfang mit der „Entwürdigung in den Augen des sozialistischen Proletariats“ drohte, bleibt aber für die überwiegende Mehrheit der unter der „Kontrolle“ des Generalkomitees stehenden Deputierten nach wie vor (nebst den anderen antiministeriellen Kündgebungen des Komitees) ein toter Buchstabe. Aber freilich, wer nicht aus eigener Überzeugung sozialistisch stimmt und handelt, für den ist es besser, wenn er sich an keine Androhungen lehrt. Die Sache und die Stellung der Personen wird so gellert, was schließlich nur zum Nutzen der sozialistischen Sache ausschlagen muß. Zu erwähnen ist noch, daß 1896 gegen die Barenkredite bloß elf Deputierte gestimmt haben.

In der Hansestadt Celle (bei Marseille) errang letzten Sonntag die Französische Arbeiterpartei (Guesdisten) einen bedeutenden kommunalen Wahlerfolg. In den allgemeinen Gemeindewahlen 1900 wurde dort der Gemeinderat von den Guesdisten behauptet. An der Spitze ihrer Liste stand Guzet, der dann zum Bürgermeister gewählt wurde. Die daraus erfolgte Spaltung unter den französischen Sozialisten ließ Guzet die Gelegenheit, seiner Organisation untreu zu werden. Wegen seiner Teilnahme an den Barenbesuchs-Festlichkeiten wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Er blieb aber im Amt und auf seine Seite traten 24 Gemeinderatsmitglieder, denen nur 5 Guesdisten gegenüberstanden. Je weiter, desto ärger trieb es Guzet. Er machte sich u. a. das Recht an, die Arbeitsbörse seiner Kontrolle zu unterordnen, indem er die kommunale Subvention für die Arbeitsbörse davon abhängig machte, daß der Sekretär derselben von ihm ernannt und die Bewilligung der Subvention von ihm kontrolliert würde. Selbst bürgerlich-radikale Gemeinderäte springen in Frankreich mit den Gewerkschaften nicht so herrisch um, wie der Auch-Sozialist Guzet. Uebrigens wurde er von der Regierung mit dem Orden der

Ehrenlegion bedacht. Indessen machen ihm die 5 Guesdisten im Gemeinderat und unter der Arbeiterschaft einen energischen und erfolgreichen Krieg. Schließlich zwangen sie ihn und seine Getreuen zur Demission.

Der Ausgang der Kraftprobe ist nun eine vollständige Niederlage des Abtrünnigen. Die fünf siegen, wenn auch erst in der Stichwahl, mit Hilfe des klassenbewußten Proletariats über die 25 mit dem Bürgermeister an der Spitze, der das Parteiprogramm, auf welches hin er gewählt worden war, nach seinem Absall „für undurchführbare Entwürfe und gefährliche Illusionen“ erklärt hatte. Es wurden gewählt 21 Guesdisten und nur ein einziger von der bürgermeisterlichen Liste, aber nicht Guzet, der die geringste Stimmenzahl erhielt. Alle gehässigen Wahlmandanten des letzteren, worunter die Verweigerung von Gemeindelokalen für die Versammlungen der Arbeiterpartei, sind abgeprallt an dem festen Willen der Proletarier von Celle, der Hasenarbeiter und Fischer, den Gemeinderat dem Sozialismus zu erhalten bzw. wiederzugeben.

Österreich-Ungarn.

Der Schulstreit.

Wien, 6. Februar. Der Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses nahm nach längerer Debatte den Titel Mittelschulen, sowie die Resolutionsanträge des Verlehrerstaats Grazen Stirlg, betreffend Verlegung der slowenischen Parallellklassen des Gymnasiums in Cilli nach Marburg und gleichmäßige staatliche Subvention des deutschen Gymnasiums in Friede und des polnischen Privatgymnasiums in Teschen, an, lehnte dogegen den Resolutionsantrag, betreffend Verlegung des tschechischen Gymnasiums in Troppau nach einer Stadt mit vorwiegend tschechischer Bevölkerung, ab.

Der Krieg in Südafrika.

Der Notenwechsel zwischen der niederländischen und der britischen Regierung wird auch Steijn und Scholt Bürger offiziell durch Lord Milner zur Kenntnis gegeben und den im Felde stehenden Buren militärisch werden. Dies ist in der gefriegen Sicht des britischen Unterhauses amtlich von Chamberlain zugesagt worden.

Ein britischer Erfolg.

Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria, Oberst Kekewich berichte, eine englische Truppe unter Major Vender habe 7 Männer von Delareys Kommando getötet und 131 gesangen genommen, darunter den Kommandanten Sarel Alberts, den Landoofrost Bogieter und den Feldkornet Jan Duplessis. Die Verluste der Engländer seien gering, niemand sei gefallen.

Die Antwort der Buren-delegierten.

Die im Haag eingetroffene Deputation der Burenrepubliken spricht sich über den Inhalt des am Dienstag ausgegebenen Ordnungsbuches wie folgt aus: Wir haben mit Interesse die Mitteilung der niederländischen Regierung gelesen und die Antwort Englands. Wir erkennen die gute Absicht der niederländischen Regierung, dem unheilsamen Kriege ein Ende zu machen, an und wissen dieselbe zu würdigen, ebenso wie wir alle Anstrengungen schaffen, einen solchen Frieden herzustellen, auf den wir ein Recht zu haben glauben. Selbstverständlich sind persönliche Beziehungen zwischen den Delegierten in Europa und den Regierungen in Afrika wünschenswert. Die Behauptung, die Delegierten hätten keine Instruktionen von ihren Regierungen und hätten seit dem März 1900 keinen Einfluß mehr bei den Vertretern der Buren in Südafrika noch auch würden ihre Stimmen bei den Beratungen gehört, diese Behauptung ist nur aus der Thatzache abgeleitet, daß die Beglaubigungsscheine von jenem Zeitpunkt datieren; es ist dies ein unzutreffender Schluss, wie ihn die englische Regierung so oft gezogen hat. Ganz abgesehen von den Mitteln und Intentionen, welche von dem Präsidenten Krüger vor und nach seiner Ankunft und von Zeit zu Zeit von anderen übermittelt sind und unter Bezugnahme auf andere von England veröffentlichte Mitteilungen wird es genügen daran zu erinnern, daß, als im Juni 1901 die Botschaft von Friedensverhandlungen seitens der Regierungen der südafrikanischen Republiken war, diese Regierungen deutlich bewiesen, daß sie in dieser Hinsicht nichts tun wollten, ohne den Präsidenten Krüger und die Delegierten um Rat zu fragen. Die englische Regierung kennt den historischen Zusammenhang, der Kabelverkehr in dieser Angelegenheit ging durch ihre Vermittelung. Seitdem ist nichts eingetreten, was die Bollmachten der Delegierten oder ihren Einfluß irgendwie beeinflussen könnte oder daß den geringsten Grund zu der Behauptung der englischen Regierung abgeben könnte. Die Ablehnung des Vorstages der niederländischen Regierung hat uns nicht überrascht, sie bestärkt unsere Meinung, die von unseren Bürgern in Afrika geteilt wird, daß nämlich seit dem Augenblick, wo der Krieg von England provoziert wurde und die Republiken zum Kampfe gezwungen wurden, keine Aenderung in der Politik der englischen Regierung eingetreten ist, die

spielt man in Leipzig überhaupt Shakespeare? — und die Hauptdarsteller waren bis vor zwei Tagen mit der Einstudierung von Maria Magdalena beschäftigt, hatten also kaum Zeit, sich zu dieser Vorstellung würdig vorzubereiten. Fräulein Baue war nett und liebenswürdig wie immer; im übrigen erfüllte sie die Gestalt der Julia mit der sanften Spatthe eines deutschen Mädchens, das den geliebten Mann einfach gewähren läßt. Die Beziehung der kleinen Rollen in Shakespeare-Stücken, die ja viel Verstand erfordern, ist ein altes Nebel. Herr Greiner z. B., der ja manches kann, eignet sich wenig zur Darstellung älterer und würdevoller Standespersonen, die ihm bei Shakespeare-Aufführungen so oft zufällt. Mit Grauen denke ich an seinen Dogen im Othello. Der Prinz in Romeo und Julia ist nicht viel besser.

— Neben die Festzung der Medea von Grillparzer, die gelegentlich des XVI. Akademischen Theaterabends am 10. und 11. ds. Ms. im Carolatheater in Scene gehen wird, wird mitgeteilt: Die Titelrolle ist mit der fgl. preuß. Hofschauspielerin Fr. Rosa Pope besetzt, die Kreusa wird von der fgl. Schauspielerin Fr. Sophie Wagner vom fgl. Schauspielhause in Berlin, und die Gora von Fr. Elsa Stephan dargestellt werden. Die Regie hat Herr Arthur von Gerlach.

— Emil Drach, der einst vielgefeierte Schauspieler und Regisseur, ist in der badischen Residenzstadt Offenbach bei Achern gestorben. Emil Drach begann seiner Zeit in Weinheim selten glänzende Aufführungen, setzte in Frankfurt a. M. und am Lessingtheater in Berlin seine Laufbahn fort und erreichte in Dresden als vielgefeierter Darsteller des Hamlet, Uriel Acosta u. a. den Höhepunkt seines künstlerischen Erfolges. Zwei Jahre lang war er dann noch Leiter des Münchener Schauspielhauses, ehe er seinem unseligen Schicksal erlag. Drach arbeitete auch schriftstellerisch und hatte sich als begabter Lyriker erwiesen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 7. Februar.

Theaternachrichten. Am Sonnabend geht im Neuen Theater nachmittags 1/2 Uhr als Vorstellung für die Leipziger Volkschule Wilhelm Tell in Scene. Die Kasse wird für diese Vorstellung nicht geöffnet, da über sämtliche Blätter verfügt ist. Abends 7 Uhr wird Rosenmontag gegeben. Den Hans Rudolf spielt als zweite Gastsoliste Herr Richard Hahn vom Deutschen Theater in Berlin. — Im Alten Theater ist für den Sonnabend Der Waffenschmied angekündigt.

Sonntag findet im Neuen Theater, um 4/7 Uhr beginnend, eine Aufführung der Oper Die Hugenotten statt. Die Valentiné singt Frau Helga Greco-Andréchen vom Stadttheater in Frankfurt a. M. als Gast. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen Frau Holle gegeben; abends 7 Uhr gelangt Komödie Guckerk mit Fr. Julie Serda vom Königlichen Posttheater in Dresden als Gast in der Rolle der Hermance zur Aufführung. Den Abend eröffnet der Einakter Die Frage an das Schicksal. — Im Carolatheater ist die Operette Jobwiga angekündigt. Felix Welingartner, der Komponist der einen Aufführung abend umfassenden Odesse-Triologie, weilt gegenwärtig in Leipzig, um den Proben zu seiner der Dreikönig nachgebildeten dreiteiligen Oper beizuwohnen. Für die Erstaufführung des Werkes, das bekanntlich in Leipzig seine Uraufführung erlebt, ist Sonnabend der 15. Februar in Aussicht genommen.

Theater. Romeo und Julie von Shakespeare. Gastspiel des Herrn Richard Hahn vom Deutschen Theater in Berlin. Goll man den Eindruck, den Herr Richard Hahn bei seinem ersten Gastspiel gemacht hat, in wenige Worte zusammenfassen, so muß man sagen: Herr Hahn spielt sehr gut, aber er

spricht sehr schlecht. Das ist nicht so widerstinkig, wie es scheint. In der modernen Darstellung ist die Declamation doch nur ein Teil der künstlerischen Gesamtleistung, wenn auch — vorläufig wenigstens noch — ein recht wesentlicher. Herrn Hahns Romeo war, von der Art seiner Declamation und Sprechweise abgesehen, eine einheitliche Leistung. Man darf einen Romeo wohl gelten lassen, der mehr jugendlich-leichtsinnige Abenteuerlust als schwile Sinnenslebe verträgt, einen jungen Fant, in dem Lachen und Weinen nahe bei einander wohnen und selbst in Stunden furchtbarer Entscheidung seine Leidenschaft mehr tragt, als daß er von ihr innerlich gedrangt und getrieben würde. Herr Hahn kann seine Auffassung, wenn ich sie richtig verstanden habe, ja auf den vielseitigen Umstand stützen, daß Romeo, kaum der Leidenschaft von Rosalinde entronnen, sich in neue Liebesabenteuer fliegt. Die Figur gewinnt dabei freilich nicht an tragischer Gewalt, aber — gilt unser Verstand — an Natürlichkeit und Glaubhaftigkeit.

Deutsche werden es selten Zustande bringen, Romeo und Julie mit südlicher Glut und romantischem Temperament zu spielen. Möchte man sich drum auch mit Herrn Hahns Gesamtauffassung aufzuflecken geben, so ließ doch leider seine nicht dialektfreie Aussprache eine gute Stimmung nicht aufkommen. Herr Hahn sagt: Der Lieb ist sie freuden. . . . Das geht nicht, das geht entschieden nicht! Bei der Aufführung moderner Stücke mag sich die geringe Sorgfalt, die Herr Hahn der Ausbildung seiner Sprechweise gewidmet hat, vielleicht kaum auffallen. Im klassischen Drama muß sie entschieden fördern wirken. Das dabei auch seine Stimme klein und überanstrengt schien, mag sich mit der Akustik des Neuen Theaters erklären, die das Haus zu Schauspielaufführungen eigentlich unzureichend macht und jedem Fremdling ungeheure Schwierigkeiten bereitet.

Im übrigen war die Aufführung matt und langweilig. Romeo und Julie ist lange, lange nicht gegeben worden — wann

spielt man in Leipzig überhaupt Shakespeare? — und die Hauptdarsteller waren bis vor zwei Tagen mit der Einstudierung von Maria Magdalena beschäftigt, hatten also kaum Zeit, sich zu dieser Vorstellung würdig vorzubereiten. Fräulein Baue war nett und liebenswürdig wie immer; im übrigen erfüllte sie die Gestalt der Julia mit der sanften Spatthe eines deutschen Mädchens, das den geliebten Mann einfach gewähren läßt. Die Beziehung der kleinen Rollen in Shakespeare-Stücken, die ja viel Verstand erfordern, ist ein altes Nebel. Herr Greiner z. B., der ja manches kann, eignet sich wenig zur Darstellung älterer und würdevoller Standespersonen, die ihm bei Shakespeare-Aufführungen so oft zufällt. Mit Grauen denke ich an seinen Dogen im Othello. Der Prinz in Romeo und Julia ist nicht viel besser.

— Neben die Festzung der Medea von Grillparzer, die gelegentlich des XVI. Akademischen Theaterabends am 10. und 11. ds. Ms. im Carolatheater in Scene gehen wird, wird mitgeteilt: Die Titelrolle ist mit der fgl. preuß. Hofschauspielerin Fr. Rosa Pope besetzt, die Kreusa wird von der fgl. Schauspielerin Fr. Sophie Wagner vom fgl. Schauspielhause in Berlin, und die Gora von Fr. Elsa Stephan dargestellt werden. Die Regie hat Herr Arthur von Gerlach.

— Emil Drach, der einst vielgefeierte Schauspieler und Regisseur, ist in der badischen Residenzstadt Offenbach bei Achern gestorben. Emil Drach begann seiner Zeit in Weinheim selten glänzende Aufführungen, setzte in Frankfurt a. M. und am Lessingtheater in Berlin seine Laufbahn fort und erreichte in Dresden als vielgefeierter Darsteller des Hamlet, Uriel Acosta u. a. den Höhepunkt seines künstlerischen Erfolges. Zwei Jahre lang war er dann noch Leiter des Münchener Schauspielhauses, ehe er seinem unseligen Schicksal erlag. Drach arbeitete auch schriftstellerisch und hatte sich als begabter Lyriker erwiesen.

darauf ausging, alles daran zu schehen, um das Vuren voll auszurollen und so von Anfang an alle Bemühungen zum Scheitern zu bringen, die zu einem ebensolchen Frieden für uns hätten führen können. Was die Hindernisse angeht, von denen die englische Regierung spricht und den Hinweis darauf, daß die Hin- und Herreise der Delegierten drei Monate erfordern würde, so wird die Zukunft lehren, ob dieser Zeitraum im Interesse des Friedens für zu lang betrachtet werden müsse. Die Hoffnung der Antwort der englischen Regierung hindert jeden Gedanken der Vuren-delegation, England um freies Geleit oder sonst etwas zu bitten.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 6. Februar.

Hasse auf der Leiter. Unter dieser Überschrift brachte die Leipziger Volkszeitung unter der Rubrik Politische Übersicht in Nr. 233 vom 7. Oktober 1901 einen Artikel, in dem von dem Gerücht Notiz genommen war, der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Leipzig, Professor Dr. Hesse, bewerbe sich um die freigewordene Direktorenstelle des kaiserlich-statistischen Amtes in Berlin. Mit seinem bei der Staatsanwaltschaft gestellten Antrag auf Strafverfolgung der in dem Artikel enthaltenen Bekleidigung hatte Herr Hesse Glück. Die Staatsanwaltschaft erhob im öffentlichen Interesse Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Genosse Pollender. Vor der dritten Strafkammer kam die Sache gestern zur Verhandlung. Nach Feststellung der Personalien wurde die Anklageschrift vorlesen, die davon ausgeht, daß der Artikel schon in seiner Form die Absicht der Bekleidigung erkennen lasse. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden, daß sich der Angeklagte dazu äußern solle, und auf die Frage, ob er der Verfasser sei, bemerkte Genosse Pollender, daß er der Verfasser des Artikels nicht sei; der Artikel stamme von einem ständigen Mitarbeiter, den er als zuverlässig halte, dessen Namen zu nennen er aber ablehnen müsse. Im Drange der Geschäfte habe er den Artikel vor der Drucklegung auch nur sehr flüchtig angesehen; wenn er von seinem Inhalt genauer Kenntnis genommen hätte, würde er den Artikel nicht aufgenommen haben. Vorsitzender: Schon die Überschrift ist für Herrn Hesse beleidigend, auch die Bemerkung, daß ihm erst der Verstand zu dem neuen Amt geschenkt werden müsse. — Rechtsanwalt Krause als Verteidiger stellt den Antrag, den Geheimen Rat Dr. Wilhelm in Berlin als Zeugen und Sachverständigen zu vernehmen, der aber nach einer Beratung, zu der sich der Gerichtshof zurückzog, abgelehnt wurde. In seinem Plaidoyer führt der Staatsanwalt Dr. Schuster aus, daß der Angeklagte, der schon mehrfach wegen Bekleidigung, begangen durch die Presse, bestraft sei, die in dem Artikel enthaltene formelle Bekleidigung zugegeben habe. Dass er den Artikel nur flüchtig gelesen habe, glaubt er dem Angeklagten nicht und selbst wenn dies der Fall wäre, durfte er ihn der formellen Bekleidigenden Stellen wegen nicht in das Blatt aufnehmen, oder aber nachdem sich die Unrichtigkeit des Gerichts herausgestellt hätte, mußte er widerrufen. Der Grundgedanke der beleidigenden Absicht kommt schon in der Überschrift zum Ausdruck. In dem Artikel werde Herrn Hesse, einen so hochgeachteten und verdienstvollen Mann, direkt der Vorwurf gemacht, daß er seine Gefinnung um ein Amt verkaufen wolle. Einen schwereren Vorwurf könne er sich nicht denken. Wenn im zweiten Teil des Artikels an der Fähigkeit des Herrn Hesse Kritik geübt werde, so sei ein solche Kritik an sich nicht strafbar, aber auch hier gehe aus der Form der Kritik die Absicht der Bekleidigung hervor. So aus der Wendung, daß ein außerordentlicher Professor nichts Ordentliches wisse. Die Volkszeitung ginge bekanntnahmen gern in dieser Weise gegen politische Gegner vor. Wenn Hesse seinerzeit der Volkszeitung auf ihren Artikel keine Beichtigung habe zugeben lassen, so habe er es aus Noblesse nicht gethan. Wenn ein vornehmer Mann auf der Straße angefallen werde, so schlage er nicht wieder zu, sondern ziehe sich zurück. So habe es Hesse auch gemacht. Auf Grund des Strafgesetzes könne bei Pollender die Mittäterschaft in Betracht; aber da er schon mehrfach wegen Bekleidigung bestraft sei und weil hier ein hochgeachteter, verdienstvoller Mann wie Hesse betroffen sei, beantrage er eine längere Freiheitsstrafe, die er nicht hier, sondern in der Gefangenanstalt Zwickau verbüßen müsse, um ihm die Gelegenheit zum Nachdenken zu geben, daß man einen Mann, wie Hesse, nicht so beleidigen dürfe. Rechtsanwalt Krause bemerkte zu den Auslassungen des Staatsanwalts, daß er doch keinen richtigen Einblick davon zu haben scheine, wie es in den Redaktionen täglich erscheinender großer Zeitungen zugehe, daß da wohl ein Redakteur Artikel von ihm als zuverlässig bekannten Mitarbeitern namentlich dann nicht so genau prüfe, wenn er mit Arbeit überlastet ist. Wenn der Staatsanwalt davon gesprochen habe, daß in dem Artikel der Vorwurf enthalten sei, daß Hesse seine Gefinnung für die Stelle verkaufe, so sei dies unrichtig, da hier nur davon die Rede ist, daß ihm die Regierung aus diesen Motiven dieselbe geben würde; ob sie Hesse aus diesen Motiven aber annehmen würde, sei doch eine andere Frage und läme demnach gar nicht in Betracht. Die politische Thätigkeit Hesses werde verschieden beurteilt. Seine Gegnerschaft gegenüber der englischen Politik der Reichsregierung habe der Reichsanziger in einer Sitzung des Reichstags mit Vierbankpolitik bezeichnet, wie man in dem stenographischen Reichstagsberichte nachlesen könne. Auch aus der Überschrift lasse sich nur schwer eine Bekleidigung herauslesen, denn wenn Hesse in dieses Amt gekommen wäre, so würde er eben wieder eine Spur weiter hinaufkommen sein. Eine Bekleidigung wäre daraus nicht zu konstruieren. Was die Vorstrafen des Angeklagten anbelange, so seien diese in einer zwölfjährigen Redaktionstätigkeit an einem oppositionellen Blatt, daß sich einer besonderen Aufmerksamkeit von Seiten der Behörden erfreue, geringe. Er beantrage, wenn Verurteilung erfolgen sollte, auf Geldstrafe zu erkennen. — In seiner Replik auf die Ausführungen des Verteidigers meinte der Staatsanwalt, daß hier einmal ein Exempel statuiert werden müsse. — Genosse Pollender bemerkte noch, daß das Gericht seinen Aussagen Glauben schenken könne, namentlich wegen der Überbürdung mit redaktionellen Arbeiten. Gabe doch seinerzeit in dem Prozeß gegen die königliche Leipziger Zeitung der Redakteur, als sie einen die Thatsachen völlig entstellenden Artikel abgedruckt habe, erklärt, daß sein Verfasser als zuverlässig angesehen worden sei und daß der Redakteur den Artikel zum Druck gegeben habe, ohne ihn

vorher durchzulesen. Wenn dies einem Regierungsorgan passiere, so könne es auch in einer anderen Zeitung vorkommen. Das Urteil lautete, wie schon mitgeteilt, auf zwei Monate Gefängnis, Tragung der Kosten und Abdruck des verjährigen Teils des Urteils an derselben Stelle und mit derselben Schrift in der Volkszeitung. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß schon die Überschrift des Artikels die Absicht der Bekleidigung erkennen lasse. Weiter waren die in der Anklage intrinierten Stellen als Grund für eine schwere Strafe maßgebend; auch daß die Bekleidigung einen hochgeachteten und verdienstvollen Mann be troffen habe.

Eine größere Anzahl Diebstieale und Verbrechen führte die 26 Jahre alte, seit zwei Jahren von ihrem Chemnitzer geweihten lebende Arbeiterin Anna Ida Berndt wiederum vor die Schranken des Landgerichts. Um die Diebstähle und Verbrechen durchzuführen zu können, bat sich die B. als Aufwarterin an; wurde sie als solche angenommen, so blieb sie ein bis zwei Tage in dem Dienst, um dann mit dem werbwillsten, ihr erreichbaren Gegenständen zu verschwinden. Am 3. Januar 1901 hat sie einer Frau K. in Gohlis eine goldene Damenuhr im Werte von 70 Mk., ein Paar Stiefel (4 Mk. wert) entwendet, sowie 52 Pf. bares Geld, das sie von einem Einlauf zurück erhalten hatte, nicht abgeliefert. Am 3. April hat sie einer Frau K. 150 Mk. bar und eine goldene Uhr nebst Kette im Werte von 150 Mk. gestohlen. Bei einer Frau G. hat die B. ebenfalls Uhr und Kette (100 Mk. wert) und ein Paar Stiefel entwendet. Die Aufwahrung bei der Frau Redakteur B. bemerkte die B. dazu, aus einem Kästchen, dessen Deckel sie aussprengte, den Schlüssel zum Schreibblatt zu nehmen und daraus 25 Mk. bares Geld zu stehlen; weiter unterschlug sie 250 Mk., die sie zu Einläufen erhalten hatte. Im September fand die B. wieder Stelle beim Kaufmann K. als Aufwarterin. Hier stahl sie zwei Uhren im Werte von 12 Mk., eine Schürze, ein Tuch und ein Paar Stiefel. Bei der Frau Dr. B. stahl sie zwei Tage nach dem vorigen Diebstahl 24 Mk. bares Geld; auch das zur Zahlung der Mietrechnung eingehändigte Geld wanderte in ihre Tasche. Einer Frau W. stahl sie im November ein Portemonnaie mit 5 Mk. Inhalt und Briefmarken. Von der Frau B. erhielt sie zum Einkauf von Arznei ein Zwanzigmärkstück und, weil es heilig regnete, einen feindlichen Regenschirm geliehen. Auch hier lehrte sie von ihrem Ausgang nicht wieder zurück. Einen größeren Diebstahl führte die B. bei einer Frau K. in der Nordstraße am 30. November aus, wo sie für 900 Mk. Goldsachen in die Hände fielen. Außer den genannten Diebstählen und Unterschlagungen hat die B. eine große Anzahl Verbrechen verübt, indem sie Kunden auf der Straße, die zu Einläufen geschickt waren, unter allerlei Vorwänden das Geld abgenommen hat. Wegen dieser Verbrechen verurteilte sie die 2. Strafkammer unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Februar.

Die Konsumvereinstöter bei der Arbeit. Nachdem vor reichlich einem Jahre die Schuhgemeinschaft für Handel und Gewerbe, Sitz Leipzig, mit Hilfe des Bücherrevisors Grauer erfolglos versucht, die hiesigen Konsumvereine zu vernichten, läßt das Gedächtnis derselben den Mittelstandsreitern keine Ruhe mehr. Ein Antrag an das Amtsgericht zu Leipzig, dieses zum Einschreiten gegen die Konsumvereine wegen angeblicher Ungehorsame zu veranlassen, war vollständig erfolglos. Das Amtsgericht hat diesen Antrag zurückgewiesen, da bei den in Frage kommenden Fällen diese Genossenschaften den Vorchriften des Gesetzes vollständig entsprachen. Nun legten sich die Helden aus. Man erstattete Anzeige bei der Kreishauptmannschaft wegen angeblicher Übertrretung der §§ 79 und 143 des Genossenschaftsgesetzes. Es handelt sich hier um das Sammeln von Unterschriften gegen den Brötewucher von Seiten einiger Brotbäcker, sowie um die Bewilligung von Mitteln zu Bildungs- und Unterstützungszielen, welche letztere einige hiesige Konsumvereine seit Jahren für das Allgemeinwohl vornehmen. Die gegen die Geschäftsführung einiger hiesiger Vereine darauf eingeleitete Untersuchung gab jedoch der Behörde nicht den geringsten Anlaß zum Einschreiten; es war also auch hier der Liebe Mühe vergebllich.

In neuester Zeit nun versucht man andere Mittel. Man bereitet eine Petition an das sächsische Gesamt-Ministerium vor, in der sehr weitgehende Maßnahmen gegen die Konsumvereine gefordert werden, da, wie man sagt, die „verderbtheitbringende Wirkung für unsere handels- und gewerbetreibenden Mitglieder sich immer mehr fühlbar macht“. Daß man in der Petition möglichst rot färbt und mit Thatsachen ganz nach Belieben umspringt, ist bei der Kampfsweise der Kleinhandler gegen die Konsumvereine leicht erklärlbar. Es wird abzuwarten sein, ob die Konsumvereinstöter nun beim sächsischen Ministerium Gegenliebe finden werden. Hat die Konsumvereine kann es vorläufig zur Beleidigung dienen, daß auch die Regierung eines Staates nicht die bestehende Reichsgesetzgebung ignorieren kann.

Im Konkurs der Drehergesellschaft beantragt ein Teil der Gläubiger für sämliche noch bestehende Tochtergesellschaften infolge fortgesetzter Zahlungsschwierigkeiten die Anmeldung der Konkurse bei den zuständigen Gerichten. Ein Besluß der Gläubigerversammlung steht erst im April zu erwarten.

Eigner wieder in Leipzig. Mit dem gestern abend 6 Uhr 36 Minuten auf dem Thüringer Bahnhofe ankommenden Kasseler Schnellzuge trafen die beiden Transportleute mit dem Bankdirektor Exner wieder hier ein.

Leipziger Bank. Zur Prüfung der zu dem Konkurs der Leipziger Bank nachdrücklich angemeldeten Forderungen ist ein Termin auf den 12. März vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht in Leipzig anberaumt worden.

In den Zubereitungsanstalten für Hasen- und Kaninchenselle, in den Hasenhärschneidereien und in solchen Filzhutfabriken, die aus Hasen- und Kaninchenaaren bereiteten Hutfutter verarbeiten, ist nach den vorliegenden Erfahrungen mit einzelnen Verrichtungen der Arbeiter eine Gesundheitsschädigung der letzteren verbunden. Die von dem Reichsanwalt veranlaßten Erhebungen haben aber ergeben, daß derartige Bürstereien nur in geringer Zahl und nur in wenig Bundesstaaten sowie in Elsass-Lothringen im Betriebe sind, sie haben ferner ergeben, daß in diesen Anlagen Gesundheitsschädigungen der Arbeiter nur vereinzelt vorgekommen seien und die Gefahr der Quersilbervergiftung überwiegend bereits durch landes-

behördliche Anordnungen zurücksiedrigt worden sei. Dazu kommt, daß, soweit es noch weiterer Anordnungen bedarf, diese bei der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht wohl gleichmäßig für das ganze Reich erlassen werden könnten. Der Reichsanwalt hat davon abgesehen, die Angelegenheit durch Bestimmungen gemäß § 120a Abs. 1 der Gewerbeordnung zu regeln. Mit Bezugnahme hierauf sind die Kreishauptmannschaften vom sächsischen Ministerium des Innern angewiesen worden, etwaigen Missständen rücksichtlich der in ihrem Regierungsbezirk vorhandenen gewerblichen Anlagen der erwähnten Art von Fall zu Fall auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenzutreten.

Eine für Haussitzer wie Mieter gleich wichtige Frage von prinzipieller Bedeutung hat in diesen Tagen die 25. Civilkammer des Berliner Landgerichts I beschäftigt. Zwei Eheleute hatten einen Mietvertrag unterzeichnet, welchen der Chemnitzer im eigenen Namen rechtzeitig zum 1. April d. J. gefestigt hatte. Da der Hauswirt die Ausübung der Ehefrau zum 1. April verweigerte, erhob sie Klage auf Feststellung ihres Auszugsrechts gegen den Hauswirt, indem sie behauptete, daß die von ihrem Mann ausgeschworene Kündigung auch die Wahrung ihrer Interessen beziehe, zumal durch den § 12 der üblichen Mietverträge festgelegt sei, daß eine von jedem Mieter abgegebene Erklärung für und gegen alle Mieter wirksam sein sollte. Der beklagte Hauswirt betonte dem gegenüber, daß § 12 der üblichen Mietvertragsformulare lediglich eine Vertragsbefugnis der Mieter unterliegen feststellt, inhalts der eine vertraglich berechtigt ist, für den anderen rechtswirksame Erklärungen abzugeben. Dieses vertraglich stipulierte Vertragsrecht sei im vorliegenden Falle mit der gesetzlichen Vertragsbefugnis des Chemnitzers identisch. Nichtsdestoweniger sei die Klage abzuweisen, weil der Chemnitzer seinem Vertragsrecht keinen erkennbaren Ausdruck gegeben habe. Wenn auch der Vertragswillen nicht ausdrücklich erklärt zu werden braucht, eventuell auch aus den Umständen gefolgt werden kann, so muß derselbe doch einen erkennbaren Ausdruck finden. Hier sei aber gerade das Gegenteil der Fall gewesen. An dem Erfordernis, daß der Vertragswillen zum erkennbaren Ausdruck zu gelangen hat, sei vorliegendesfalls um so mehr festzuhalten, als es sich um eine Gesamtschuld handelt, deren Aufklärung lediglich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Person zu beschränken hat, die sie abgibt. Dies sei aber der Chemnitzer gewesen, der im eigenen Namen die Kündigung ausgeschworen. Der Gerichtshof erkannte jedoch nach dem Klageantrage, in den beteiligten Kreisen ist man gespannt, wie sich die höhere Instanz zu dieser nach dem Erscheinem des Bürgerlichen Gesetzbuches neu aufgetauchten Frage im Prinzip stellen wird.

Selbstmordversuch. Gestern vormittag hat sich ein aus Nogasen gebürtiger, 40 Jahre alter Beamter in seiner in der Idarstraße in L.-Völkersdorf gelegenen Wohnung mit einem Revolver zwei Schüsse in den Kopf beigesetzt. Der Mann wurde schwerverletzt, aber noch lebend, in das städtische Krankenhaus gebracht. Über den Beweggrund zu dem Selbstmordversuch ließ sich bis jetzt nichts Näheres ermitteln.

kleine Polizeinachrichten. Durch Selbstentzündung von Puzwolle entstand gestern abend im Gründstück Thalstraße 20 ein geringfügiger Brand, den die Haushbewohner unterdrückten. Die alarmierte Feuerwehr kam nicht in Thälitz.

Zum Brühl erfolgte gestern vormittag ein Zusammenstoß zwischen einem Rollgelände und einem Motorwagen, wobei leicht beschädigt wurde. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

In der Querstraße zerriss gestern nachmittag der Oberleitungsbau der Straßenbahn, wodurch der Verkehr eine kurze Unterbrechung erlitt. Personen sind nicht verletzt worden.

Seinem in L.-Neudorf wohnenden Vater stahl ein schon wiederholt vorbestrafter, 20 Jahre alter Arbeiter aus Großkisch unter erschwerenden Umständen einen Geldbetrag von 100 Mark, weshalb seine Verhaftung erfolgte. Von dem Gelde hatte er bei seiner Festnahme keinen Pfennig mehr.

Ein 22 Jahre alter Dienstmädchen aus Selau stahl seiner in der Königstraße wohnenden Dienstherrin verschiedene Schmuckstücke und ist überdies verdächtig, auch eine Familie, in der sie vorher diente, um Geld bestohlen zu haben. Die Diebin wurde in Haft genommen.

Hier ermittelte und festgenommen wurden zwei von der Staatsanwaltschaft Chemnitz steckbrieflich verfolgte Personen, und zwar ein 26 Jahre alter Postbote aus Hinter-Uhlmannsdorf und ein 30 Jahre alter Arbeiter aus Riederwinkel. Ersterer wird sich wegen Meineids, letzterer wegen schweren Diebstahls zu verantworten haben.

Herner erfolgte noch die Festnahme einer aus Dresden gebürtigen, 21 Jahre alten Frauenverson, die gestern früh aus einer Wohnung in der Sibyllenstraße eine größere Partie Frauenkleider im Werte von über 100 Mark gestohlen hat, womit sie das Weite suchen wollte.

Wegen gewerbsähnigen Buchmachens verhaftete die Kriminalpolizei einen 21 Jahre alten Handlungsbüfifer von hier.

Durch schweren Diebstahl sind aus dem Keller eines Grundstücks der Promenadenstraße am Mittwoch in den Nachmittagsstunden 14 Pfund Rot und Weißwein gestohlen worden.

Zwei unbekannte Bettler sprachen vergangenen Mittwoch in den frühen Morgenstunden in der Universitätsstraße eine hiesige Handelsfrau um eine Gabe an. Die Frau verabreichte den Bettlern aber nichts. Aus Wit darüber hat einer der beiden Bettler die Frau durch Faustschläge mishandelt. Die Unbekannten werden beschrieben: der eine, etwa 18 Jahre alt, von großer, schlanker Gestalt, mit Anflug von blondem Schnurrbart, bekleidet mit grauem Jackettanzug und hellgrauem Hut mit hellem Band; der andere, ungefähr 24 Jahre alt, von kleiner, kräftiger Gestalt, mit blondem Schnurrbart und mit schwarzem Jackettanzug und eingedrücktem Hut bekleidet.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher. Bohlstraße Leipzig, hielt am 8. Februar eine Mitgliederversammlung ab, in der, nachdem bereits am 18. und 20. v. M. über die Aufgaben der am 1. April d. J. in München stattfindenden Generalversammlung beraten worden war, Anträge gestellt und die Wahl eines Delegierten vorgenommen wurde. Die Anträge lauten: 1. a) Die Generalversammlung wolle beschließen, die Arbeitslohn- und Krankenunterstützung obligatorisch einzuführen mit dem Hinweis, daß für sämliche Mitglieder gleiche Pflichten und gleiche Rechte bestehen; dennoch ist nur eine Kasse einzuführen; b) in Krankheitsfällen ist jedoch die Unterstützung vom dritten Tage zu gewähren; c) die Unterstützungsbauer ist so einzuführen, wie sie von Seiten des Centralvorstandes im Fachblatt aufgestellt worden ist; d) bei etwaiger Einführung des Obligatoriums sind die wöchentlichen Beiträge auf 30—40 Pf. zu erhöhen; e) die Karentzeit von 52 Wochen bleibt wie bisher bestehen, ausgenommen sind davon diejenigen Personen, die jetzt schon der Arbeitslosen- oder Krankenversicherung angehören. 2. Die Generalversammlung wolle beschließen, für die Zukunft von der Anstellung der Bezirksbeamten abzusehen, well eine einzelne Person niemals im Stande sein wird, die Agitation so zu betreiben, wie es notwendig ist. Dagegen sind den Agitationskommissionen und Ortsverwaltungen mehr Mittel

in die Hände zu geben als bisher. 3. Revolution und Expedition des Fachblattes ist, entgegen dem Besluß der bayerischen Konferenz, in Gotha zu belassen. Als Delegierter wurde von den vier aufgestellten Kandidaten Kollege Rüdiger im ersten Wahlgang mit absoluter Majorität gewählt. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß die Arbeitslosen die Wahlkarten pünktlich entnehmen und ausspielen sollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Deutscher Holzarbeiterverband. Gaubüro 9 (Leipzig). Nachdem am 28. Januar in der Leipziger Mitgliederversammlung die Gauverwaltung laut §§ 23 und 28 des Statuts für das Jahr 1902 gewählt und bei der Konstituierung am 30. Januar die Kollegen Hermann Wilsdorf, Leipzig-N., Leubner 2a, III., als Vorsitzender, Franz Mensch als Stellvertreter, Wilhelm Gercke, Leipzig, Erdmannstraße 11, Hof I., als Kassierer, Hermann Ohmann als Stellvertreter und Otto Gerlik als Schriftführer ernannt wurden, bringen wir dieses unseren Mitgliedern zur allgemeinen Kenntnis mit dem Erklären, daß alle Korrespondenzen an den Vorsitzenden und alle Kassenangelegenheiten an den Kassierer zu richten sind.

Der Gauvorstand.

An die Spinner Leipzig. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, beabsichtigt das Agitationskomitee der Textilarbeiter Leipzigs, den Branchenversammlungen mehr Gewicht beigelegen. Zu diesem Beauftragt ist kommenden Sonnabend den 8. Februar eine Spinnerversammlung nach dem Restaurant Concordia, Lindenau, Hermannstraße, anberaumt worden. In ihrem eigenen Interesse möchten wir hierdurch alle Kollegen ermahnen, dafür Sorge zu tragen, daß Mann für Mann in obiger Versammlung erscheinen. Wenn irgend etwas dazu beitragen kann, unsere Lage zu verbessern, so ist es in allererster Linie die Organisation! Alle anderen Mittel, von welcher Seite sie auch kommen mögen, uns zufrieden zu machen, sind nichts weiter als Spiegelglocken, dazu berechnet, uns in unserer Zusage zu erhalten, damit wir uns ja recht fein ruhig weiter herum lassen sollen. Kollegen, kommt nicht immer mit den bekannten Redensarten vor: es nicht ja doch nichts, die Unternehmer machen doch, was sie wollen ic. Ja, Kollegen, wenn alle so sagen, dann allerdings wäre es besser, wir würden die Münze ins Korn; aber das darf nicht sein, diese Redensarten müssen verstimmen und die Lösung muss lauten: alle hinzu in den Verband. Es leuchtet doch wohl jedem ein, daß, so lange die Unternehmer und die Herren Meister wissen, daß sie eine unehlige Untergebenenschar vor sich haben, sie sich jeden Übergriff erbreiten können, während sie, wenn wir eine geschlossene Masse wären, sich schön hüten würden, ihre Köpfe daran einzurennen. Kollegen! Auch die leider unter uns mehrfach vorhandene Feindschaft und das gegenseitige Misstrauen wird sofort verschwinden, wenn wir uns alle solidarisch erklären und uns zu einer straffen Organisation vereinigen. Bildet doch auf die Verbände und Kartelle der Industriellen, die zusammenleben wie Kleetten, wie sie Erfolge um Erfolge erringen, wie sie durch Einigkeit ihre Positionen stärken und ihr Vermögen ausschwellen lassen. Bildet auf die prächtigen Arbeiterorganisationen in England, die sich schon so viel Achtung errungen haben, daß es dort Fabriken gibt, die nur organisierte Arbeiter einstellen; so habt Ihr die Beweise von unseren Behauptungen in den Händen. Darum, Kollegen, nochmals: Alle hinzu in den Verband. Wir schließen mit den Worten, die als Devise am Kopfe unseres Fachorgans, Der Textilarbeiter, stehen: Vereinigt seit Ihr nichts, vereint seit Ihr alles!

Mehrere Spinner.

Von Nah und Fern.

Gasexplosion.

Chicago, 6. Februar. In der vergangenen Nacht wurden in der 22. Straße und der Archer-Avenue zwei Gebäude durch Gasexplosionen zerstört; dreizehn Personen kamen um, viele erlitten Verletzungen. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Explosionen auf Benzin oder auf Gas aus Abzugsröhren zurückzuführen sind.

Ernst Müller, Mastochsen schlächterei und Wurstfabrik

früher Grimmaischer Steinweg 17

jetzt Johanniskirchplatz 22/23.

empfiehlt Mastochsenfleisch, nur erste Qualität, sowie Braten aller Art in altgeschlachtetem Zustande. Jeden Dienstag und Freitag frische haus-schlachtete Blut- und Leberwurst. Täglich ff. Aufschnitt. [1902]

Kind- und Hammelfleisch verkaufen ich das Pfund von 50 Pfg. an.

Pa. Salon-Briketts, à Ctr. 65 Pfg.
Oelsn. Knorpel-Kohle, à Ctr. Mk. 1.20

ab Lagerplatz, beides nur erträgliche Marken, verkauft, um die Abschläge abzunehmen ca. 200 Dopp.-Weg. bis auf Widerfuß

Albert Reimann, Kohlenhandlung

[286] Leipzig-Neustadt, Äußere Tauchaer Str. 19.

Letzte Holz-Auktion.

Nächsten Montag den 10. Februar vormittags 9 Uhr werden im Schlag [1163] am Gaußschen Fusswege

4 Rumtr. eichene Nutzheite, 100 Rumtr. harte Brenn-

knüppel, 90 starke Abräumhaufen und 40 Langhaufen

an Ort und Stelle meistbietend und gegen sofortige Anzahlung von 2 Mark pro

Rumtr. verkauft. Sonstige Bedingungen werden vor dem Verkauf bekannt gemacht.

Blaake.

Großschober, den 5. Februar 1902.

Konsumentverein L.-Connewitz u. Um.

Gingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Allen Bewerbern zur Nachricht, daß die ausgeschriebene

Lagerhalterstelle besetzt ist.

Der Vorstand.

Schreibsekretär und Soja billig zu verkaufen

Körnerstr. 16, IV. I.

Ein echter Wurm

Für rechten Zeit, bewahrt den Leib

Vor manchem Leid.

Wer Sie ausdrücklich Wurms Magendoktor.

Vertreter Chr. Müller, Eisenbahnstr. 100.

Reines Bett 15,- zu verf. Weststr. 82, IV. I.

Für die vielen wohlhabenden Beweise der Teilnahme während der

Krankheit, beim Tode und Begräbnis unseres lieben Verstorbenen sagt

herzlichen Dank

Liddy Siller geb. Ehre zugleich im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Briefkasten der Redaktion.

9. 10. Uns ist davon nichts bekannt. Wenden Sie sich an einen Münzbänder, die im Adressbuch verzeichnet sind.

6. 2. Für das Jahr 1901 liegen die bezüglichen Zahlen noch nicht vor. Die Einrichtung der weiblichen Vertrauenspersonen trat erst Mitte 1900 in Kraft. Bei der Vertrauensperson für die Leipziger Kreishauptmannschaft sind im ersten halben Jahre ihrer Tätigkeit nur fünf Beschwerden eingegangen. In den anderen Regierungsbezirken liegen die Frequenzverhältnisse ähnlich.

Auskunft in Rechtsfragen.

9. 6. 104. 1. Ja. 2. Ja, wenn es sich um die Erfüllung von Unterhaltspflichten handelt. 3. Ja.

E. 8. 2. Für eine Veröffentlichung ist in diesem Stadium nicht zu denken. Machen Sie uns davon Mitteilung, wann in dem Strafverfahren Termin stattfindet. — Die Verbehaltung des Lohnes ist nicht gerechtfertigt.

N. 3. 25. Auch eine solche Statutenänderung ist der Verhöre mitzuteilen.

P. 8. 30. Gewiß kann Ihre Schwester für die Zeit, die sie gebettet hat, Wohn beanspruchen.

N. 8. 1902. Die ganze Rechtslage läßt sich ohne nähere Kenntnis nicht beurteilen. Erkundigen Sie sich bei Gericht oder dem Bürgerlichen Anwalt.

N. 8. 1. Lassen Sie den betriebschäftigen Geschäftsinhaber beim heiligen Gewerbeamt die Ausstellung des erforderlichen Scheins beantragen.

2. Zum sofortigen Verlauf genügt aber ein solcher Schein nicht.

Kommen Sie in unsere Sprechstunde, da wegen der Herstellung noch Befragung erforderlich ist.

N. 8. 2. Darin ist nichts Irrsprechbares zu erkennen. Nachahmungswert ist über ein solcher Zustand nicht.

J. 8. 31. Grinna. 1. Ja. 2. Nein; es muß aber ein neues Rentenfeststellungsverfahren eingeleitet werden.

N. 8. 2. Durchs. Der Wandergewerbeschluß berechtigt den Inhaber, in dem ganzen Gebiete des Reiches das bezeichnete Ge-

werbe nach Entwicklung der daraus bestehenden Landesteuer zu be-

treiben. Wegen der Steuern wollen Sie sich an das Landratsamt in Döbeln wenden.

P. 8. 1. Taucha. 1. Sie können bei der Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung Strafantrag stellen oder aber beim Amtsgericht wegen thälerlicher Beleidigung klagen. Der leichteren Klage hat ein Sachverständiger beim Friedensrichter vorauszugehen. 2. Es

kommt bei Gericht ein Kostenvorschuss (etwa 10 Mk.) zu hinterlegen.

3. Wird der Beßtag verurteilt, so hat er auch die Kosten zu tragen.

Ein anderes könnte die Sache aber werden, wenn der Beßtag

Grund zu einer Widerklage hätte.

B. 100. 1. Werden geöffnet und mit einem Signum ver-

sehen, 2. Die Kosten können gespendet werden. Etwa 50 Mk. es

kann aber auch mehr sein. 3. Den Unterhalt im Gefängnis müssen

Sie durch Arbeit verdienen. 4. Das Eigentum der Frau haftet

eventuell für den Unterhalt im Gefängnis. 5. Wahrscheinlich

zuviel. 6. Ein solches Gesetz ist vollständig zwecklos; die Ab-

sicht ist für Sie aber recht charakteristisch. 7. Die Verweigerung

der Lohnzahlung ist nur dann ein Grund zur sofortigen Auflösung

des Dienstverhältnisses, wenn auch die auf Ansuchen des Dienstboten

erfolgte Mahnung durch die Polizei fruchtlos bleibt. 8. Die Klage

kann sofort anhängig gemacht werden.

Veranstaltungskalender.

Freitag: Gastarbeiter der Maschinenfabrik. Coburger Hof, Windmühlenstr.

Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Spinner. Konzchia, Lindenau, Hermannstr., Abends 1/2 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Montag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Freitag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Samstag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Sonntag: Versammlung. Tellerstelle, Abends 8 Uhr.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Große Fleischergasse (Stadt Görlitz).

Sonnabend, 8. Februar, abends 1/2 Uhr
Niederabend und Diskussion.

Sonntag den 9. Februar, abends 8 Uhr
Literarischer Abend.

I. O.: Wo fand der erste Literarische Abend statt? Karl Guglow u. die Sitter vom Weiß. Luse Otto. Das Münchener Urgeschichte von Fritz Reuter. [1140]

Der Vorstand.

Gemeinnütziger Verein

E.-Gutzeitsh.

Sonnabend den 8. Februar abends 9 Uhr

Versammlung

im Restaurant Wasch, Marienstr. 9. [1140]

Der Vorstand.

Arbeiterverein Möckern

Sonnabend den 8. Februar abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

I. O.: 1. Vortrag über: Waren die Urechten wölflich Sozialisten. 2. Vereins- und Partei-Angelegenheiten. 3. Besiedelung. [1149]

Der Vorstand.

Arbeiterverein Döllig.

Sonnabend den 8. Februar abends 9 Uhr

Versammlung

zählstliches Erscheinen aller erwünscht. [1173]

Der Vorstand.

NB. Nächsten Sonnabend, 15. Febr., abends 9 Uhr Lichtbilder-Vor-

trag über Südafrika.

Der Vorstand des Arbeitervereins Stötteritz u. Umg.

Stötteritz.

Sonnabend den 8. Februar abends 9 Uhr

Oeffentliche Einwohner-Versammlung

im Gasthaus zum deutschen Haus.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Klassenschulen und Einheitschule. Referent: Medaille Jäckh. 2. Erteilung einer Bürgerstufe in Stötteritz. 3. Diskussion hierzu.

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen

Der Vorstand des Arbeitervereins Stötteritz u. Umg.

Soziald. Verein L.-West.

Donnerstag den 13. März abends 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Restaurant Weisse, Plagwitz, Karl Heine-Str.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Vereinsangelegenheiten.

Erscheinen aller ist notwendig.

[1108]

D. V.

Maler u. Lackierer

Sonnabend den 8. Februar abends 9 Uhr

Einzelmitglieder-Versammlung

im Bürgergarten, Brüderstrasse.

Tagesordnung: 1. Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre III. Referent: Genosse Manfred Wittich. 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

[1187]

D. E.

Buchbinder!

Sonnabend den 8. Februar abends präcis 6 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Restaurant Johannisthal, Hospitalstr. 22.

Tagesordnung: 1. Bericht der Ortskassenfassen-Berater. 2. Ausstellung von Kandidaten für die Wahlen zur Generalversammlung der Ortskassenfasse. 3. Bericht der Gewerkschaftskasse-Berater. 4. Abrechnung vom Unterstützungsfonde. 5. Wahl von Vertretern zum Gewerkschaftskasse. 6. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Es ist dringend notwendig, in dieser Versammlung zu erscheinen, da es von Wichtigkeit ist, geeignete Vertreter zu wählen. Die bisherigen Vertreter werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. [1201]

Der Bevollmächtigte.

Holzarbeiter-Verband.

Sonnabend den 8. Februar abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Duncker über: Maxim Gorki, ein Dichter des russischen Proletariats. 2. Antrag der Lotterieverwaltung, betr. die Unterhaltung der von Müller und von Schlobach noch ausgesetzten Mitglieder. 3. Bericht der Delegierten von der Gaukonferenz in Gräfina. 4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

D. L.

Einige Verbandskalender von 1902 sind im Bureau noch zu haben. [1185]

Leipziger Volkszeitung

Verband der Sattler, Leipzig.

Sonnabend den 8. Februar abends 1/2 Uhr [1142]

Mitglieder-Versammlung.

I. O.: Vortrag über: Die redlichen Pioniere von Rohdale. Die Geschichte einer Genossenschaft. Zahlreichen Besuch erwartet. D. V.

Bücherverein f. Plagwitz-Lindenau

Vereinslokal: Restaurant zwei Lindenau, Karl Heine-Str. 70 (gegenüber dem Straßenbahnhof).

Sonntag den 9. Februar abends 8 Uhr

8. Literarischer Abend.

Tagesordnung:

1. Teil.

Vortrag über: Drei Dichterlütten der Gegenwart. (Johanna Ambrosius, Clara Möller und Ada Negri.)

Vorlesungen und Declamationen aus deren Werken.

II. Teil.

Mundartliches aus Mitteldeutschland. Vorlesungen von Dialektländlungen in Frankfurter, Thüringer, Vogtländischer und Sachsischer Mundart.

Zahlreiche Erscheinen erwartet

1148] Der Vorstand.

Voranzeige.

Sonntag den 16. Februar von 11 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Kunst-Ausstellung

Meisterbilder für das deutsche Haus aus dem Verlag des "Kunstwart".

Nachmittags 1/2 Uhr:

Erläuternder Vortrag

über:

1. Die Hauptperioden der klassischen Malerei.

2. Wie soll man Bilder anschauen.

Lebhafte Vigitation für diese Vorauf-
tung erwartet

Der Obige.

Fortschritts-Verein

L.-West.

(Eliz: A. Kleinzschoter.)

Sonntag den 9. Februar abends 8 Uhr

1147] Zahlreiche Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Gäste willkommen!

Arbeiter-Verein Großschocher-Windorf.

Sonnabend den 8. Februar

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. A. Blanka, Leipzig: Zur Geschichte der Befreiungen und die Unterdrückungsmahnmale gegen dieselben.

2. Bericht des Vorstandes über Lotterieveränderung.

3. Vergleichenes.

1151 Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Knautscheberg, Knauthain, Hartmannsdorf u. Umg.

Die Turnerabteilung

hält Sonntag den 9. Februar im Gasthof zum weißen Ross in Knautscheberg ihr

1150

Winter-Vergnügen

ob. Die Mitglieder werden erwartet, die Programme beim Käffner und bei den Oldmännern im voran zu entnehmen.

Der Vereinsabend fällt umständlicher Sonnabend, 8. Februar aus.

Der Vorstand.

Deutsch-Katholische Gemeinde.

(Frohrellgß.) [1140]

Sonntag den 9. Februar nachmittags

4 Uhr in der normalen 1. Bürgerhalle: Erbanung, Vorlese des Stiftungsfests. Prediger Kippensberger.

Montag den 10. Februar abends

8 1/2 Uhr im Rathaus: Zusammenkunft

des Frauenvereins.

Sonntag den 23. Februar im Saale der Gold. Krone, Connewitz: Stiftungsfest.

Anfang nachm. 4 Uhr. Programme

à 20 Pfg. sind im Vorverkauf an den

benannten Stellen zu haben. An der Kasse

à 25 Pfg.

Lichtbilder-Vorträge

für kleinere Vereine

flossen 20-25 Mark.

Anfragen erbeten

[10875]

R. Laube

Leipzig-Reudnitz, Wallstraße 2, II.

Buchbinderarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt.

Annahme von Drucksachen aller Art.

Friedr. Müller

Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26

Buchbinderei u. Schreibwarenhandlung.

7. Februar

Achtung, Kürschner!

Sonntag den 9. Februar vorm. 1/2 Uhr

Allgemeine Kürschner-Versammlung

für Lindenau und Umgegend [1142]

im Restaurant Goldner Adler, Lindenau, Augerstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht des Hauptvorstandes. 2. Bericht des Haupträfflers. 3. Wahl eines Sekretärs. 4. Vortrag des Genossen Mensch über Prinzip und Taktik der deutschen Gewerkschaften. 5. Beschlussfassung zum Übertritt in den Centralverband. 6. Gewerkschaftliches.

Die Kollegen der Firma Herzog sowie die der Hirsch-Dünndorffschen Gewerke vereine werden hierzu besonders eingeladen. D. E.

Maschinisten u. Heizer

(Deutscher Verband).

Sonntag den 9. Februar nachmittags 3 Uhr Oeffentliche Mitgliederversammlung in Stadt Hannover, Seeburgstraße. — Tagesordnung: 1. Vortrag vom Schriftsteller Manfred Wittich über Die Kriege und der Brotwucher; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches. — Die Kollegen werden erachtet, zu diesem Vortrage zahlreich zu erscheinen, auch die Frauen sind hierzu eingeladen. [1141] Das Agitationskomitee.

Achtung, Dachde